

- 1 Vor der Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes?
- 4 Zur Auseinandersetzung um die Hamas
- 6 Interview mit einem palästinensischen Israeli
- 9 Atomwaffenverbotsinitiative in Vorbereitung

- 10 75 Jahre UNO-Blauhelme: Herausforderungen
- 16 Der Architekt des Petersburger «Paradieses»
- 22 Kant: Die Aktualität des «ewigen Friedens»
- 26 Ein Jahr Teilmobilmachung in Russland

Wird das Kriegsmaterialgesetz einfach ausgehebelt?

Zeichnet sich da eine Schlaumeierei der besonderen Art ab? Am 11.5.2023 reichte die Sicherheitskommission des Ständerates eine Motion ein, die vom Bundesrat verlangt, dass er die verschärften Bewilligungskriterien für den Kriegsmaterialexport wieder rückgängig macht – kaum ein Jahr nach Inkraftsetzen des indirekten Gegenvorschlags zur sogenannten Korrekturinitiative.

/ Peter Weishaupt /

In der Septembersession nahm die kleine Kammer die Motion schon mal an. Nun ist zu befürchten, dass der neu gewählte Nationalrat in der kommenden Wintersession ebenfalls zustimmt, nachdem die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates dies am 7. November 2023 so empfohlen hat.

Wörtlich lautet der neue Artikel 22b des Kriegsmaterialgesetzes: «1) Der Bundesrat kann unter Einhaltung der Voraussetzungen in Artikel 22 von den Bewilligungskriterien nach Artikel 22a abweichen, wenn: a. ausserordentliche Umstände vorliegen; und b. die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert.» (Auf Seite 3 haben wir zum Verständnis den Artikel 22a herangezogen.) Der Bundesrat

war mit dieser mehr als schwammigen Formulierung in seiner Antwort auf die Motion vom 30.8.2023 einverstanden: «Die Einführung dieser Abweichungskompetenz nach vorgeschlagenem Artikel 22b ermöglicht dem Bundesrat eine gewisse Flexibilität, um die Ausfuhrpolitik für Kriegsmaterial an sich ändernde aussen- und sicherheitspolitische Gegebenheiten anzupassen. Dadurch kann in einem klar abgesteckten Rahmen insbesondere der Aufrechterhaltung einer an die Landesverteidigung angepassten industriellen Kapazität besser Rechnung getragen werden.»

Im Klartext begründet der Bundesrat so, dass es bei dieser Lockerung um nichts anderes als die Interessen der Ex-

portwirtschaft geht. Gleich im nächsten Satz stellt er aber unmissverständlich klar, dass mit dieser Ausnahmeregelung keine Waffenlieferungen an die Ukraine genehmigt werden könnten, wie ein Teil der Räte dies insinuiert: «Vor dem Hintergrund der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine wären in Bezug auf die Ausfuhr von Kriegsmaterial namentlich die Verpflichtungen gemäss der Haager Abkommen weiterhin anwendbar.» Sollte diesem skandalösen Vorstoss der Nationalrat ebenfalls zustimmen, hat die GSoA bereits ein Referendum angekündigt.

Nachfolgend zwei Medienberichterstattungen zu Ungereimtheiten in der Praxis des Kriegsmaterialgesetzes und der Schweizer Sanktionen gegen Russland und der Rolle des Seco bei deren Kontrolle:

Sniper-Munition über Polen in die Ukraine geliefert?

145'000 Schuss Sniper-Munition vom Kaliber 0,338 Magnum Lapua, hergestellt von Swiss P, der einstigen Munitionsfabrik Thun und späteren Ruag Ammotec, soll eine polnische Firma in die Ukraine geliefert haben. Diese Anzahl und die Lieferadresse fand sich auf einem Lieferschein, den



Fortsetzung Seite 2

ein amerikanischer Journalist im Branchenportal «Defense One» publiziert hat, wie die NZZ in einem Beitrag vom 16.11.2023 berichtet.

Sniper sind Scharfschützen, die aus grosser Distanz mit wenigen Schüssen auf ausgesuchte Ziele feuern und dann aus ihren Stellungen wieder verschwinden. Sie nehmen als Soldaten an der Front etwa gegnerische Kommandanten, einzelne Verteidiger hinter Befestigungen oder auch Funkgeräte ins Visier, als Terroristen feuern sie in Menschenmengen oder Demonstrationen (staatliche wie im Jugoslawienkrieg oder im Iran gegen demonstrierende Frauen), als Kriminelle morden sie wahllos Einzelpersonen (wie etwa in den USA). Sie brauchen keine Serien-, sondern spezielle Einzelmunition.

Die 145'000 Schuss können also eine effiziente Wirkung haben. Sie kämen

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Johann Aeschlimann, Corinne Bara, Roland Bathon, Pascal Derungs, Idite Lesom, Michail Schischkin, Marianna Schlatter, Laurin Schmid, Claudio Sieber, Liliane Studer, Jakob Tanner.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite und Seite 5: Kichka; Seite 4: Jana Leu; Seite 10: Thomas Mukoya/Reuters; Seiten 11/13: Grafik CSS-Analysen; Seite 14: Laurin Schmid; Seite 17: Надежда Пивоварова/Wikimedia; Seite 19: Shiva; Seite 21: Eritreischer Medienbund; Seite 23: Marcel Zanjani; Seite 25: Kichka; Seite 29: Sergej Nechljudow; Seite 31: Claudio Sieber.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2023

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

der ukrainischen Armee in ihrem verzweifelten Abwehrkampf sehr gelegen. Denn eines der präzisesten Sniper-Gewehre, das Barrett Mrad, hat genau dasselbe Kaliber 0,38 Magnum Lupa wie die mutmassliche Lieferung. Auf einem zweiten Begleitdokument werden zudem 500'000 Stück Munition des Nato-Standardkalibers der gleichen Swiss P erwähnt, die die polnische UMO SP, ein auf Dienstleistungen für die polnische Polizei und Spezialkräfte spezialisiertes Unternehmen, an die LLC Ukrainska geliefert haben soll.

Würde das stimmen, wären diese Weiterlieferungen in ein Kriegsgebiet laut dem vor zwei Jahren verschärften Kriegsmaterialgesetz streng verboten. Erinnert sei an die strikte Weigerung der Regierung, Deutschland zu erlauben, 12'400 Schuss 35-mm-Munition für den Fliegerabwehrpanzer Gepard, oder Dänemark seine ausser Dienst gestellten Piranha-Schützenpanzer an die Ukraine weiterzuliefern. Die Swiss P, seit vergangenem Jahr eine Tochterfirma des bekannten italienischen Waffenunternehmens Beretta, behauptet auf Anfrage der NZZ, zu keinem Zeitpunkt sei Munition in ein Embargoland exportiert worden und die belieferte polnische UMO SP habe versichert, dass sie die Scharfschützen- und Sturmgewehrmunition nur an polnische Regierungsinstitutionen geliefert habe.

Die ebenfalls angefragte UMO SP reagiert nicht. Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco, für die Kontrolle von Exportgütern zuständig, schreibt dazu, es habe Kenntnis von dem Zeitungsbericht und Exporte an ein polnisches Unternehmen identifiziert, die betroffen sein könnten. Das Seco ist offenbar mit etlichen Abklärungen über vermutete Lieferungen von Waffen an die Ukraine beschäftigt. So berichtete die NZZ schon im Frühjahr von einem deutschen Zwischenhändler, der elf Eagle-Aufklärungsfahrzeuge aus Schweizer Produktion weitergeliefert habe. Das Seco habe den betroffenen Lieferanten gesperrt. Weiter nichts.

Zuger Elektronik in russischer Abwehrrakete

Am 5.11.2023 berichtete die *SonntagsZeitung* von einem ähnlichen Fall, nur dass es sich hier um eine Lieferung an Russland handelte: Die Zuger Firma Traco Power schickte einen Spannungswandler für das portable Verba-Flugabwehrsystem, der neuesten Entwicklung der

Der Artikel 22a des Kriegsmaterialgesetzes vom 1.5.2022

Die Herstellung, die Vermittlung, die Ausfuhr und die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Empfänger im Ausland werden bewilligt, wenn dies dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik nicht widerspricht.

Artikel 22a, Abs. 1 und 2: Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte

1) Bei der Beurteilung eines Gesuchs um die Bewilligung von Auslandsgeschäften nach Artikel 22 und von Abschlüssen von Verträgen nach Artikel 20 sind zu berücksichtigen:

- a. die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität;
- b. die Situation im Innern des Bestimmungslandes; namentlich sind zu berücksichtigen die Respektierung der Menschenrechte und der Verzicht auf Kindersoldaten;
- c. die Bestrebungen der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit; namentlich ist der mögliche Umstand zu berücksichtigen, dass das Bestimmungsland auf der jeweils geltenden Liste der Entwicklungshilfeempfänger des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC-Liste) unter den am wenigsten entwickelten Ländern aufgeführt ist;
- d. das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft, namentlich hinsichtlich der Einhaltung des Völkerrechts;
- e. die Haltung der Länder, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollregimes beteiligen.

2) Auslandsgeschäfte nach Artikel 22 und Abschlüsse von Verträgen nach Artikel 20 werden nicht bewilligt, wenn:

- a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist;
- b. das Bestimmungsland Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt;
- c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder
- d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

staatlichen russischen Waffenschmiede bei Moskau, die von Wladimir Putin immer wieder gerne besucht wird. Einmal abgefeuert, suche und bekämpfe die Rakete selbstständig bis zu 400 Meter pro Sekunde schnelle Ziele – Marschflugkörper, Drohnen und sogar tieffliegende Flugzeuge. Auf Youtube präsentieren die Russen stolz ihr Pendant zum amerikanischen Stinger-System.

Das russische Flugabwehrsystem ist auch in der Ukraine im Einsatz, wie gemäss *SonntagsZeitung* der ukrainische Militärblog «Militarnyi» Anfang November erstmals berichtete. Gleichzeitig bestätigte der Blog, dass in den Suchköpfen der Verba-Rakete Spannungswandler der Zuger Firma mit Sitz in Baar gefunden wurden. Im Blog ist ein intakter Zielsuchkopf mit entfernter Abdeckung zu sehen, darunter die Leiterplatte mit dem verbauten Spannungswandler vom Typ TEN 5-4811, der eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Rakete spiele.

Auch hier muss das Seco Red und Antwort stehen und erklärt, dass es «Kenntnis von diesem Fund» habe und der «Sachverhalt bereits in Abklärung» sei. Es behauptet aber, dass es sich um ein «Standardbauteil zur Stromversorgung und ein Massenprodukt ohne militärische Spezifikationen mit einer sehr breiten zivilen Anwendung» handle. Es ist also ein klassisches sogenanntes Dual-Use-Gut, das sowohl militärisch wie zivil verwendet werden kann. Doch aufgrund der Sanktionen ist die Ausfuhr von solchen Gütern nach Russland seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine verboten.

Die Traco Power liess eine Anfrage der *SonntagsZeitung* zu den aufgefundenen Spannungswandlern unbeantwortet. Die Firma ist schon früher in Verdacht geraten, so taucht sie in einem Dokument der amerikanischen Anti-Geldwäschereibehörde auf, das auf Waffenfunden in der Ukraine basiert: In den berüchtigten russischen Marschflugkörpern vom Typ Kalibr und Ch-101 sowie in Orlan-Drohnen seien Teile aus der Schweiz, darunter Spannungswandler und andere Elektrobauteile der Traco Power, gefunden worden.

Die Problematik der Dual-Use-Güter taucht immer wieder in Medienberichten auf. So berichtete das Schweizer Fernsehen im April, dass in der Schweiz hergestellte Mikrochips der Zürcher Firma U-Blox in russischer Militärtechnik gefunden worden waren. Das ukrainische Militär hatte diese Elektronik in abgestürzten Orlando-Drohnen im Donbass-Kampfgebiet aufgefunden.

Editorial

Für eine substanzielle Aufwertung der UNO-Friedenseinsätze

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die dramatische Fragilität des internationalen Völkerrechts aufgezeigt, dessen Schwerpunkt die Verhinderung jeglicher Kriege und die Gewährung der allgemeinen Menschenrechte bilden und das durch die Organe der Vereinten Nationen gewährleistet werden sollte. Wegen des Vetorechts der grössten Atommacht der Welt konnten weder Massnahmen zur Beendigung des Krieges noch gegen die Ahndung von Kriegsverbrechen ergriffen werden, sondern beschränkte sich die UNO, ob durch die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat, auf deklamatorische Resolutionen.

Umso dringlicher ist heute die Stärkung der UNO und ihrer Organe zur Friedensförderung, zu der nicht nur eine gründliche Reform der Vereinten Nationen (beispielsweise die Abschaffung des Vetorechts der Atommächte), sondern auch ihrer Mittel zur Friedensförderung zählt. Insbesondere zur letzten Aufgabe könnte die Schweiz erheblich mehr beitragen, nicht nur bei der internationalen Zusammenarbeit (IZA), für die gemäss den Eckwerten des Finanzplans 2025 bis 2028 gerade 11,45 Milliarden Franken eingeplant sind (knapp ein Drittel der für die Armee geplanten), oder für Aufgaben wie die humanitäre Minenräumung oder die Suche nach vermissten Personen, bei der sich die Schweiz engagiert und die durch den Krieg gegen die Ukraine besondere Aktualität erhalten haben. Die Schweiz könnte sich insbesondere

auch für die militärische Friedensförderung einsetzen, sprich die Unterstützung der UNO-Friedensmissionen (Peace Keeping), die in Krisengebieten die Eskalation von Konflikten verhindern, die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten und die zivile Friedensförderung ermöglichen sollen.

Die Schweiz ist diesbezüglich etwa im Libanon, in Syrien, in der Demokratischen Republik Kongo, im Südsudan, in Mali, Kaschmir oder in der Westsahara tätig, allerdings mit insgesamt nur rund 280 Militärbeobachterinnen und -beobachtern. Hier liesse sich ihr Engagement wesentlich erweitern. Erstens mit eigentlichen Truppeneinheiten, wie sie der UNO bei der Kfor in Bosnien für ihre wichtigsten Einsätze zur Verfügung stellt.

Zweitens liesse sich mit einer nachhaltigen substanziellen finanziellen Unterstützung der UNO-Friedensmissionen viel erreichen. Diese leiden immer dramatischer unter einer Unterfinanzierung, wie UNO-Generalsekretär Guterres alarmiert feststellt, die ihre minimalsten Aufgaben infragestellt. Insgesamt wäre es an der Zeit, eine neue Blauhelmvorlage aufzulegen. Obwohl die Schweiz seit mehr als zwanzig Jahren Mitglied der UNO ist, hat sie die Beteiligung an UNO-Friedensmissionen und Blauhelmeinsätzen nicht ausgebaut. Die Prioritäten in der Armeekonzeption sollten längst umgestellt werden. Internationale Solidarität muss uns in mehrerer Hinsicht kostbarer werden.

Peter Weishaupt



Zürcher Kundgebung für Frieden in Israel und Palästina

Am 2. November 2023 fand auf dem Zürcher Bürkliplatz eine von der Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina und der GSoA organisierte Kundgebung für Frieden in Israel und Palästina statt, an der sich auch der Friedensrat beteiligte. Wir zitieren aus dem Aufruf:

Die aktuellen Ereignisse des eskalierenden Nahostkonflikts erschüttern uns zutiefst. Vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen, Geiselnahmen sowie wahllose Angriffe, bei denen Zivilpersonen getötet oder verletzt werden, sind Kriegsverbrechen und in jedem Fall zu verurteilen. Die brutalen Angriffe der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung sind durch nichts zu rechtfertigen.

Als Antwort auf die Gewalt der Hamas folgt nun ein massiver militärischer Vergeltungsschlag Israels auf den Gazastreifen. Wir verurteilen die Abriegelung von Gaza, die zu einer humanitären Katastrophe führen wird, sowie die massiven militärischen Angriffe auf die dortige Zivilbevölkerung, die ein noch nie da gewesenes Ausmass an Brutalität gegenüber den PalästinenserInnen angenommen hat. Die militärischen Vergeltungsschläge Israels sind eine inakzeptable kollektive Bestrafung der Bevölkerung im Gazastreifen für die Verbrechen der Hamas.

Wir verurteilen diese gravierenden Verstösse gegen das humanitäre Völker-

recht aufs Schärfste und rufen zur Deeskalation der Lage auf. Die aktuellen Ereignisse reihen sich in eine jahrelange Gewalt- und Eskalationsspirale ein, die Israel mit dem Siedlungsbau, militärischen Angriffen gegen die Zivilgesellschaft sowie mit der systematischen Unterdrückung der PalästinenserInnen durch israelische Behörden vorantreibt. Eine friedliche Lösung im Nahostkonflikt kann nur auf der Achtung und Einhaltung von Völker- und Menschenrechten basieren. So verlangen der UNO-Teilungsplan von 1947 sowie die UNO-Resolutionen 242 (aus dem Jahr 1967) und 338 (aus dem Jahr 1973) das Ende der Besatzung palästinensischer Gebiete und ein Verbot der Siedlungspolitik. Schliesslich verbieten die Genfer Konventionen jegliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung.

Die Leidtragenden dieser Ereignisse sind die Menschen. So zahlt die Zivilbevölkerung heute den Preis für die Kriegsverbrechen der Hamas und den militärischen Vergeltungsschlag Israels. Es sind ihre Familien, Freunde und Bekannten, die getötet, verletzt und traumatisiert werden. Die Gewalt in Israel und Palästina muss gestoppt werden. Denn alle Menschen haben ein Recht auf Sicherheit und Frieden. Die Schweiz muss in der aktuellen Situation deshalb ihre Verantwortung als Depositarstaat der Genfer Konventionen ernst nehmen und alles in ihrer Macht Stehende tun, um der

Zivilbevölkerung zur Seite zu stehen und ihre guten Dienste für einen gerechten Frieden aktiv einzusetzen – in Dialog und Kooperation mit beiden Seiten.

Wir fordern deshalb von Bundesrat und Parlament:

- Alle Konfliktparteien müssen die Gewalt unverzüglich beenden und den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts Folge leisten. Die Schweiz soll sich nachdrücklich gegenüber den Konfliktparteien in diesem Sinne einsetzen.
- Die humanitäre Hilfe und Hilfgelder in alle vom Krieg betroffenen Regionen müssen fortgesetzt werden. Angesichts der sich verschärfenden humanitären Katastrophe im Gazastreifen sollten die Zahlungen erhöht und lokale zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen und humanitäre Organisationen gestärkt werden.
- Alle Waffenexporte in der gesamten Region müssen eingestellt werden.
- Der Bundesrat muss die guten Dienste der Schweiz aktiv einbringen. Dabei soll sie sich immer für die Zivilbevölkerung und für die Einhaltung der Menschen- und Völkerrechte einsetzen. Für eine echte Konfliktlösung ist es deshalb auch zwingend notwendig, dass die Schweiz sich für die Beendigung der israelischen Besatzung einsetzt.
- Langfristig ist das Geldwäschereigesetz zu verschärfen. Keine Terrororganisation oder extremistische Gruppierung soll über die Schweiz Geschäfte abwickeln können.

Wer einen gerechten Frieden will, stellt sich die Frage, wie eine Eskalation der aktuellen Situation verhindert, die Gewalt beendet und gegenseitiger Hass und Misstrauen überwunden werden können. Hierzu ist es notwendig, dass die internationale Gemeinschaft jegliche Kriegsverbrechen und Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht klar benennt und verurteilt. Sie muss sich nun mit aller Kraft für den Schutz der Zivilbevölkerung, für eine Deeskalation der Lage und einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen.

Dazu gehören:

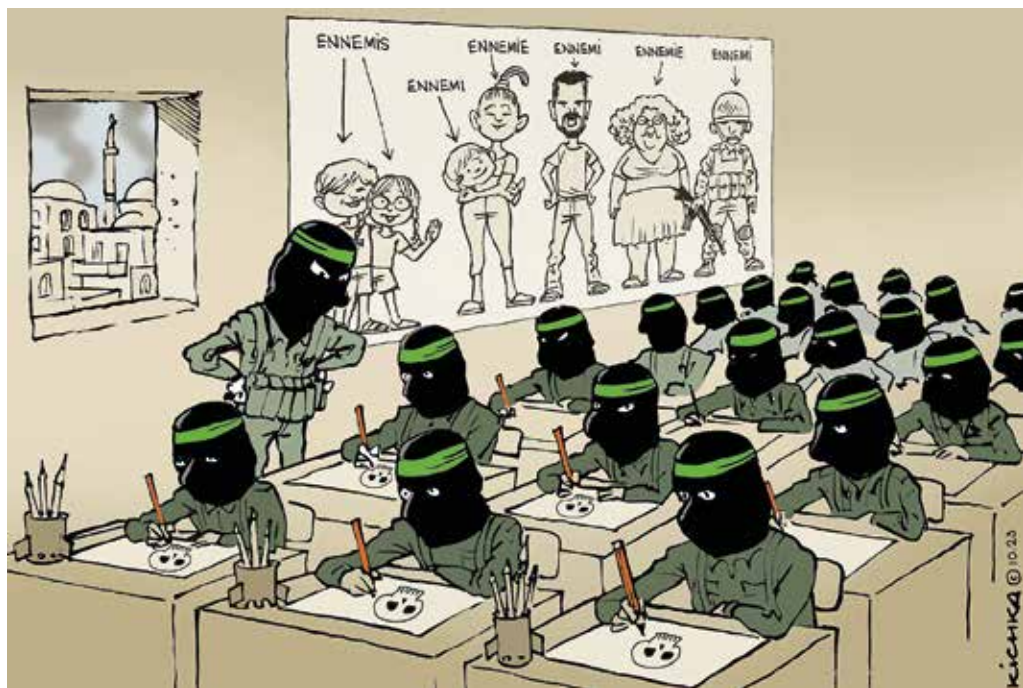
- Die sofortige und unverehrte Freilassung der Kriegsgefangenen der Hamas.
- Ein Ende der Bombardierung des Gazastreifens durch Israel.



– Die Schaffung sicherer Fluchtrouten und humanitärer Korridore für die Zivilbevölkerung. Das Bombardieren humanitärer Korridore ist ein Kriegsverbrechen und muss sofort beendet werden. Es gilt alles daranzusetzen, dass die Zivilbevölkerung Kampfgebiete sicher verlassen kann. Hierzu ist es zwingend notwendig, dass der ägyptische Grenzübergang für humanitäre Hilfe geöffnet wird.

– Verantwortliche für Kriegsverbrechen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Der internationale Strafgerichtshof ICC muss hierzu die Untersuchungen zu Kriegsverbrechen in Israel und Palästina reaktivieren und zur Anklage bringen. Dazu gehören auch die Ereignisse in den vergangenen Tagen.

Für die internationale Gemeinschaft muss klar sein, dass die Gewalt der Hamas nicht mit einem militärischen Gegenschlag und damit möglichen Kriegsverbrechen Israels verhindert werden kann. Ein solches Vorgehen wird die Gewaltspirale und den Hass antreiben. Wenn PalästinenserInnen einer Vision in Richtung Souveränität und Selbstbestimmung beraubt sind, droht die ideologische Basis der Hamas auch ohne ihre Organisation weiterzubestehen. Deshalb müssen alle Kräfte darauf ausgerichtet werden, mit den Betroffenen Perspektiven für eine Lösung des Konfliktes zu entwickeln. Diese muss auf eine Beendigung der israelischen Besatzung abzielen, um die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Ohne Friedensperspektive droht der Gewaltzyklus weiterhin anzudauern.



Friedensaktivistin Vivian Silver ermordet

Die Aktivistin Vivian Silver setzte sich seit Jahren für Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ein. Auch sie hat die Hamas nun auf dem Gewissen. «Sie sind jetzt im Haus», schreibt Vivian Silver am Vormittag des 7. Oktober ihrem Sohn. Die 74-jährige Friedensaktivistin befindet sich zu dem Zeitpunkt zu Hause, im Kibbuz Be'eri nahe der Grenze zum Gazastreifen. «Ich bin bei dir», antwortet Yonatan Ziegen seiner Mutter. Kurz darauf bricht der Kontakt zwischen den beiden ab.

Für den Sohn beginnen viele Wochen der Ungewissheit, ohne Lebenszeichen seiner Mutter. Ist sie noch am Leben, entführt von den Hamas-Terroristen? Ziegen klammert sich lange an diese Hoffnung – bis am 13. November Israels Generalkonsul in Toronto ihm mitteilt, dass die kanadisch-israelische Aktivistin Vivian Silver nicht mehr lebt. Sie wurde von der Hamas im Kibbuz Be'eri ermordet. Israelische Medien meldeten unter Berufung auf Angehörige der Frau, sie sei bereits am Tag des Angriffs in Israel ermordet worden. Forensikern gelang es erst jetzt, ihre Leiche zu identifizieren.

Mit dem Tod Silvers stirbt eine Hoffnungsträgerin mehr auf ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. Ihr Leben lang setzte sich die Aktivistin mit dem grauen Haar, der Brille und dem milden Lächeln für Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ein.

Sie startete Hilfsprogramme für BewohnerInnen des Gazastreifens und half ihnen, in Israel medizinisch behandelt zu werden.

Kurz nach dem Gazakrieg 2014 gründete sie die Friedensbewegung Women Wage Peace (Frauen schaffen Frieden) mit, die inzwischen mehr als 45'000 Mitglieder hat. Für ihre Arbeit erhielt Silver zahlreiche Auszeichnungen. Entsprechend gross ist das Entsetzen über ihren Tod. «Kanada trauert», schrieb Ottawas Aussenministerin Mélanie Joly und würdigte Silver als «lebenslange Fürsprecherin für den Frieden».

Auf die Welt gekommen war Vivian Silver im Jahr 1949 im kanadischen Winnipeg, wo sie auch aufwuchs. 1974 zog sie mit ihrem Mann und ihren beiden Söhnen nach Israel. Seither war sie im Kibbuz Be'eri zu Hause. Hier wie in anderen Kibbuzsiedlungen unweit des Gazastreifens leben viele, die zur Friedensbewegung gehören.

Der Hamas-Terror hinterliess auch hier viele Tote: Beim Angriff im Oktober auf Be'eri verloren neben Silver mehr als 100 BewohnerInnen ihr Leben. «Rache ist keine Strategie», so sagte ihr 35-jähriger Sohn Yonatan der *taz*, sei das Motto von Vivian Silver gewesen. Trotz des Krieges, trotz des Schmerzes über den Verlust will Ziegen, der selbst drei Kinder hat, diesen Gedanken seiner Mutter lebendig halten. *taz* 14.11.2023

Montag, 29. Januar 2024
19.00 – 21.00 Uhr
 Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Palästina:
Bericht der Kampagne Olivenöl aus Palästina
über die aktuelle Situation der
Olivenbauern und Projektpartner

mit Rolf Zopfi, Co-Geschäftsleiter

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
 (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
 Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch
 bis zum 26. Januar 2024 an und erhält dann den Zugangscode.

«Es gibt genügend Platz für alle»

taz: Herr Abu Ras, Sie sind palästinensischer Israeli und Friedensaktivist. Ein Teil Ihrer Familie lebt in Gaza. Wie geht es Ihnen gerade?

Thabet Abu Ras: Ich bin ein palästinensischer Bürger im Staat Israel. Ich gehöre also zu denen, die zwischen den Stühlen sitzen, weil ich gleichzeitig Palästinenser und Israeli bin. Diese Doppelidentität ist in diesen Tagen besonders kompliziert. Ich bin hin- und hergerissen zwischen meinem Dasein als israelischer Staatsbürger, der sich furchtbar fühlt, weil ich einige Freunde durch die Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober verloren habe, und gleichzeitig habe ich Verwandte und Freunde in Gaza durch die Luftangriffe der israelischen Luftwaffe verloren.

Sie sind als Co-Direktor der jüdisch-arabischen Organisation Abraham Initiatives darum bemüht, den Graben zwischen jüdischen und palästinensischen Israelis zu überbrücken. Wie beurteilen Sie die Situation?

Dieser Krieg hat die Kluft, die es immer schon gab, weiter auseinandergerissen. Er hat uns in unseren Integrationsbemühungen zehn, fünfzehn Jahre zurückgeworfen und wir befinden uns in einer sehr gefährlichen Situation. Wir, die arabische Minderheit, haben in der israelischen Gesellschaft viel zu verlieren, wir wissen, dass wir nicht gleichberechtigt sind. Die Situation in Israel ist gerade sehr fragil. Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich...

... zwei extrem rechte Minister im Kabinett Netanjahu ...

... und mit ihnen Siedler und Faschisten innerhalb der israelischen Gesellschaft versuchen jetzt, die arabisch-jüdischen Beziehungen in den gemischten Städten und in anderen Regionen auseinanderzureissen, so wie während des letzten Krieges im Mai 2021. Wir haben gesehen, was in Netanja mit den arabischen Studierenden passiert ist

Dort versuchte Ende Oktober eine Gruppe von jüdischen Israelis, in ein Studentenwohnheim einzudringen, in dem palästinensisch-israelische Studierende lebten. Viele von ihnen riefen «Tod den Arabern».

Wir von den Abraham Initiatives haben Koordinatoren für sozialen Zusammenhalt, die in fünf verschiedenen Städten daran arbeiten, Juden und Araber zusammenzubringen. Sie organisieren auch Freiwillige, die auf den Strassen patrouillieren, um jegliche Provokation durch Araber oder Juden zu verhindern. Die Situation ist gefährlich. Aber wir haben gleichzeitig viel Kraft und Unterstützung. Und wir sind dabei, mit den öffentlichen Meinungsbildnern in der arabischen und der jüdischen Gemeinschaft zu sprechen, dass sie öffentliche Erklärungen abgeben. Staatspräsident Itzhak Herzog, der Oppositionspolitiker Benny Gantz, die arabischen Politiker Ayman Odeh, Mansour Abbas und Ahmed Tibi – sie alle erinnern daran, dass wir am nächsten Tag weiter zusammenleben werden. Juden und Araber sind hier, um zu bleiben. Ich glaube also nicht, dass es Ben Gvir gelingen wird, die gemischten arabisch-jüdischen Städte aufzustacheln wie im Jahr 2021.

Woher nehmen Sie Ihre Zuversicht?

Ich sehe es ja täglich. Ich bin mit den Führungspersonen in verschiedenen Ortschaften im Gespräch. Ich muss sagen, dass auch die Bürgermeister aus dem rechten Spektrum, viele von der Likud-Partei, in den gemischten Städten gerade alles dafür tun, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Bemühungen des israelischen Sicherheitssystems liegen jetzt im Süden. Ausser der extremen Rechten ist derzeit niemand an einer Eskalation innerhalb von Israel interessiert. Eben diese extreme Rechte verliert jedoch auf allen Ebenen an Boden. Die Regierung wird, glaube ich, sehr bald gestürzt werden.

Sie glauben, dass Netanjahu, der sich mit aller Macht an sein Amt klammert, nicht mehr lange regieren wird?

Ja. Der öffentliche Druck ist riesig. Netanjahu wird nicht weitermachen können. Die arabischen Politiker sind Teil des Drucks. Es gibt im Moment viel Koordination zwischen arabischen und zionistischen Parteien wie der von Benny Gantz und Yair Lapid, um die politische Realität in Israel zu verändern.

Welche Vision haben Sie für Gaza?

Ich glaube, dass Israel eine friedliche Lösung finden muss, um die Geiseln zu befreien, Gefangene auszutauschen, die Hamas zu entwerfen und eine internationale Friedenskonferenz einzuberufen, die zur Gründung eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates an der Seite Israels führt. Es gibt Lösungen, die beide Parteien mit dem Engagement der internationalen Gemeinschaft und der arabischen Welt finden können. Wir können nicht damit fortfahren, Gaza auszulöschen. Zumal Israel vielleicht eine Art Sieg über die Hamas erringen kann, aber die Hamas wird sich nicht auslösch lassen. Man muss nur an das soziale Netzwerk der Hamas denken und an ihre Zweige in all den Flüchtlingslagern und Städten in Gaza. Auch im Westjordanland stehen die meisten Bürgermeister der Ideologie der Hamas nahe.

Aber würde die Hamas einer solchen Lösung zustimmen?

Ich glaube, dass die Gesellschaft des Gazastreifens der Zerstörung müde ist. Sie sind der Kriege überdrüssig. Sie würden gerne Hoffnung sehen. Möglicherweise hat die Hamas das jetzt verstanden. Und dass sie Kompromisse eingehen sollte. Die Hamas sollte alle zivilen Geiseln bedingungslos freilassen. Sofort. Damit blieben noch einige Dutzend israelische Soldaten als Geiseln, und die sollten im Austausch für palästinensische politische Gefangene freigelassen werden.

Auch im Westjordanland verschärfen sich die Fronten derzeit.

Seit Anfang des Jahres sind über 300 Palästinenser im Westjordanland getötet worden. Siedlungen werden auf Kosten der Palästinenser ausgebaut. Derzeit erleben wir die erzwungene Umsiedlung von einigen PalästinenserInnen aus ihren Dörfern. Wir sehen, wie die Siedler Palästinenser bei der Olivenernte angreifen und einen von ihnen getötet haben. Es gibt also tatsächlich viel jüdischen Terror im Westjordanland. Und das hat überhaupt nichts mit der Hamas zu tun.

Wie kann eine politische Lösung nach den jetzigen Ereignissen aussehen? Hat

es noch Sinn, sich auf die Zweistaatenlösung zu berufen, oder kann sie in die Mottenkiste?

Wir können uns nicht erlauben, die Zweistaatenlösung zu entsorgen. Doch die klassische Zweistaatenlösung funktioniert nicht mehr. Wir müssen zwei unabhängige getrennte Staaten gründen, als Ausdruck der Selbstbestimmung beider Gruppen. Doch dabei müssen mehrere Probleme gelöst werden: Die Siedlungsproblematik, die Flüchtlingsfrage, Jerusalem. Um die zu lösen, müssen wir kreativer denken. Deswegen glaube ich an die Initiative «Zwei Staaten – ein Heimatland», die ich mit begründet habe. Wir gehen davon aus, dass es zwei Staaten geben muss, aber dass das geografische Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer das Heimatland der Palästinenser und der Juden ist. Im gesamten Gebiet sollten sich alle BewohnerInnen uneingeschränkt bewegen dürfen. Es gibt genügend Platz für alle.

Viele FriedensaktivistInnen haben nach dem 7. Oktober ihre Hoffnung verloren. Sie nicht?

Ich bin – auf schreckliche Weise – nach dem 7. Oktober hoffnungsvoller als vorher. Die Ereignisse sind ein Weckruf für die Palästinenser, die Israelis und die internationale Gemeinschaft, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen – für mein Volk, die Palästinenser, und für mein Land, Israel. Es gibt so unsagbar viel Schmerz, viel Leid für Israelis wie Palästinenser, aber es gibt keinen anderen Weg, als Frieden zwischen den beiden Parteien zu schliessen. Frieden wird unter Feinden geschlossen, nicht unter Freunden. Es handelt sich um einen politischen Konflikt, der auf politischem und friedlichem Wege gelöst werden sollte. Wir müssen sicherstellen, dass Gaza nie mehr eine Bedrohung für Israel sein wird, und gleichzeitig müssen wir fünf Millionen Palästinensern im Gazastreifen und im Westjordanland Hoffnung geben. Deshalb hoffe ich, dass die USA und mit ihnen die internationale Gemeinschaft eine internationale Friedenskonferenz leiten werden, die einen palästinensischen Staat an der Seite Israels hervorbringt.

Thabet Abu Ras ist Co-Direktor der jüdisch-arabischen NGO Abraham Initiatives und ist in zahlreichen weiteren Friedensinitiativen aktiv. Er promovierte an der Universität Arizona im Bereich Politische Geographie und lebt mit seiner Familie in Israel. Das Interview von Judith Poppe erschien in der bundesdeutschen taz vom 11.11.2023.

Die Kolumne von Marionna Schlatter

Alle Jahre wieder: Die Zeit der Schnee schaufelnden Rekruten

Und wie die Jahreszeiten, kehrt auch die Diskussion darüber, ob es Sinn macht, Angehörige der Armee für subsidiäre zivile Aufträge einzusetzen, zurück. «Dann machen sie wenigstens mal etwas Nützliches.» Diese plumpe Indifferenz wird der Tragweite der Fragestellung nicht gerecht. Denn erstens ist es ganz schön ineffizient, Menschen, die an der Waffe ausgebildet werden, für das Schneeschaukeln einzusetzen.

Aber zweitens geht es um mehr: Rund ein Drittel der Einsatzstunden der Armee werden für an sich zivile Aufgaben eingesetzt. Natürlich geschieht dies subsidiär – aber der Druck der Bevölkerung, bei Umweltereignissen die Armee aufzubieten, ist enorm. Nur wenn ein Kanton die Armee aufbietet, fühlt sich die Bevölkerung ernst genommen. Es hat sich eine Kultur etabliert, in der Sicherheitsaufgaben, die eigentlich zivil sind, zu Profilierungs- und Legitimierungsaktionen für die Armee werden.

Dabei ist diese Vermischung der Aufgaben problematisch. Sie ist der Grund, dass die zivile Sicherheit, zum Beispiel im Zivilschutz, nicht über genügend Ressourcen verfügt. Und mit den zivilen Aufgaben werden auch Rüstungskäufe legitimiert: Die F-35? Gekauft für den zivilen Luftpolizeidienst. Die neuen Fahrzeuge für die Panzersappeure? Gekauft mit der Begründung, dass sie bei Umweltereignissen für die Räumung eingesetzt werden können.

Drehen wir die Sache um und schauen, wofür wir die Armee aus Effizienzgründen eigentlich einsetzen sollten: für Aufgaben, die nur sie wahrnehmen kann, für die es teures Kriegsmaterial braucht und militärisches Know-how. Das ist einmal der physische Grenzschutz. Auch wenn der Leserin bewusst sein mag, dass es zu spät ist, wenn Russland an der Grenze steht: Einen militärischen Grenzschutz kann nur die Ar-



mee leisten. Daneben gibt es auch den Grenzschutz im virtuellen Raum, beispielsweise bei Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen oder Beeinflussungsmassnahmen.

Würde die Armee sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, bräuchte die Schweiz eine andere letzte Sicherheitsreserve für all die zivilen Bedrohungen, die beispielsweise durch Umweltkatastrophen auf uns zukommen. Diese Fälle sollte ein gut ausgestatteter Katastrophenschutz selbstständig bewältigen können.

Die Politik wird entscheiden müssen, wie Armee und Katastrophenschutz alimentiert werden sollen. Personell, aber auch finanziell. Von dieser Debatte aber sind wir meilenweit entfernt. Die Armee erhält im Namen der Sicherheit ihre Milliarden, ohne dass es jemanden kümmert, dass sie dafür Schnee schaufelt.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

«Opferzonen» – wie ein Atomangriff die USA treffen würde

Die USA haben hunderte Atomraketen fix stationiert. Bei einem Angriff darauf würden Millionen Menschen getötet und verstrahlt.

/Pascal Derungs/

Die US-Regierung plant, bis Mitte der 2030er Jahre alle der über 400 landgestützten Interkontinentalraketen des Typs «Minuteman» durch neue «Sentinel»-Raketen zu ersetzen. Das Programm ist Teil einer 1,5 Billionen Dollar schweren Anstrengung zur Modernisierung des US-Atomwaffenarsenals und seiner Kommando- und Kontrollinfrastruktur. Diese Raketen stehen in unterirdischen Silos, die in drei grossen Feldern gruppiert sind und sich im US-Kernland auf die Bundesstaaten North Dakota, Montana, Wyoming, Colorado und Nebraska verteilen. Bei einem atomaren Grossangriff auf alle diese Standorte würden sehr viel mehr Menschen sterben oder verstrahlt werden als bislang angenommen. Das zeigt eine neue Studie, die in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *Scientific American* publiziert wurde.

300 Millionen Menschen gefährdet

Der Wissenschaftler Sébastien Philippe von der Princeton University modellerte die Auswirkungen atomarer Explosionen. Er untersuchte das radiologische Risiko eines atomaren Präventivangriffs auf die Raketensilos. Nach seinen Modellen würde ein konzertierter atomarer Angriff auf die bestehenden US-Silofelder alles Leben in den umliegenden Regionen vernichten und fruchtbares Ackerland für Jahre verseuchen. Allein die akute unmittelbare Strahlenbelastung würde in den USA mehrere Millionen Todesopfer fordern, heisst es im *Scientific American*.

Nach vier Tagen Exposition, so hat der Wissenschaftler berechnet, würde die durchschnittliche Strahlendosis im weiten Umfeld der Silos ein Vielfaches von über 8 Gy erreichen, was als absolut tödlich gilt. Die meisten Einwohner von Montana, North Dakota, South Dakota, Nebraska und Minnesota würden durch-

schnittliche Dosen von mehr als 1 Gy erhalten, was zu vielen Todesfällen durch akutes Strahlensyndrom führen würde, insbesondere bei Kindern. Auch Iowa und Kansas wären mit hohen radioaktiven Niederschlägen konfrontiert. Gemäss der neuen Studie wäre – je nach den Windverhältnissen – die gesamte Bevölkerung der angrenzenden US-Bundesstaaten und der bevölkerungsreichsten Gebiete Kanadas sowie der nördlichen Bundesstaaten Mexikos dem Risiko eines tödlichen Fallouts ausgesetzt – insgesamt mehr als 300 Millionen Menschen. Sie könnten im Freien Ganzkörperstrahlendosen abbekommen, die erfahrungsgemäss zum sicheren Tod führen.

Die Raketenfelder sollen feindliche Angriffskapazität binden

Der ursprüngliche Zweck des landgestützten Raketen systems bestand darin, einen feindlichen Atomangriff durch die Androhung sofortiger und verheerender Vergeltung abzuschrecken. Doch Mitte der 1970er-Jahre setzte sich die Erkenntnis durch, dass fix installierte Raketensilos ein leichtes Angriffsziel abgeben. Als neue, besser geschützte luft- und seegestützte Atomwaffenarsenale dazukamen, wurde die «Notwendigkeit» landgestützter Raketen neu gedeutet. Seither sollen sie einen Angreifer nicht mehr primär abschrecken, sondern – dank ihrer grossen Zahl – seine Ressourcen binden und erschöpfen. Der Gegner soll sich gezwungen sehen, den grössten Teil seiner Schlagkraft auf diesen Silofeldern zu opfern – daher rührt der Begriff Opferzonen.

Diese Doktrin geht zurück auf das Jahr 1978, als General Lew Allen Jr., der damalige Stabschef der Luftwaffe, vorschlug, dass die Silos «einen grossen Schwamm» von Zielen in den USA bieten sollten, um ankommende sowjetische Atomwaffen zu «absorbieren». Die präventive Zerstörung der Raketenfelder – so die These – würde einen so massiven Angriff erfordern, dass die Gegner ihn nicht bewältigen oder auch nur in Erwägung ziehen könnten. Ohne die landgestützten Raketen, so das Ar-

gument, hätte ein Gegner weitaus mehr Ressourcen zur Verfügung, um andere militärische und infrastrukturelle Ziele oder sogar Städte der USA anzugreifen.

Landgestützte Raketen bergen das grösste Risiko

Selbst wenn ein Gegner rational genug wäre, um keinen gross angelegten Angriff zu starten, würden die landgestützten Raketen das Risiko eines versehentlichen Atomkriegs erheblich erhöhen, hält «Scientific American» fest. Um auszuschliessen, dass feindliche Waffen die Raketen in ihren Silos zerstören, halte die Luftwaffe die Flotte in höchster Alarmbereitschaft und sei auf Befehl des Präsidenten innerhalb von Minuten startbereit, sobald irgendwo auf der Welt feindliche Raketenstarts entdeckt würden. «Launch on Warning» nennt sich diese Doktrin.

Es bedeutet, dass der Finger am Abzug von Nuklearwaffen nirgends so nervös ist wie bei den Siloraketen. Weil sie fix installiert sind, können sie schnell angegriffen werden. Die Reaktionszeit für ihren Abschuss ist deshalb viel kürzer als bei beweglichen Atomwaffen von Flugzeugen oder U-Booten, die nicht so leicht angreifbar sind. Dieses erhöhte Gefahrenpotenzial der landgestützten Atomraketen sei nicht nur theoretisch, denn Fehlalarme über feindliche Angriffe habe es während des Kalten Krieges mehrere gegeben, erinnert die Zeitschrift *Scientific American*.

Auch Unfälle mit Atomwaffen sind ein erhebliches Risiko

Selbst wenn es nicht zu einem Atomkrieg käme, würden die Menschen in den Gemeinden in der Nähe der Raketenfelder auch nach deren Modernisierung weiterhin ernsthaften Risiken ausgesetzt, schreibt *Scientific American*. Eines davon sei die unbeabsichtigte Freisetzung von radioaktivem Material wie Plutonium in den Sprengköpfen durch einen mechanischen Schlag, einen Brand oder eine Explosion. Ein zweites sei die versehentliche Detonation eines Sprengkopfes, die zu einer nuklearen Explosion führen würde. Die Geschichte des US-Atomraketenprogramms liefere mehrere Beispiele für Silos oder Raketen, die Feuer fingen, und von Raketen, die in ihren Abschussrohren explodierten, erinnert «Scientific American». Unfälle mit Atomwaffen würden längst nicht immer öffentlich diskutiert.

aus: Infosperber 25.11.2023

In Vorbereitung: Volksinitiative für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Der Bundesrat will dem am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen UNO-Atomwaffenverbotsvertrag trotz Aufforderung des National- wie des Ständerates partout nicht beitreten. Mit einer Volksinitiative soll ihm nun Beine gemacht werden.

Seit dem Auftrag des Schweizer Parlaments an den Bundesrat vor bereits fünf Jahren, den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und ihn zur Ratifizierung dem Parlament vorzulegen, hat sich dieser bisher geweigert, dies zu tun, obwohl die Schweiz an dessen Zustandekommen mitgewirkt hatte. Ein von der Regierung für Anfang 2023 angekündigter Bericht über seine befremdliche Haltung ist noch immer ausstehend. In der vergangenen Herbstsession wurden erneut Fragen dazu im Parlament gestellt, und die Antwort blieb gleich: Wir bleiben irgendwie dran.

Zwar nahm die Schweiz an der ersten Vertragsstaatenkonferenz im Juni 2022 in Wien teil, allerdings nur als Beobachterin. Dies hat sie auch an der zweiten Konferenz im vergangenen November getan mit der Ankündigung, dort «Beiträge in den Bereichen Opferhilfe, Umweltsanierung und internationale Hilfe» aufzugreifen und die «Komplementarität» des Atomwaffenverbotsvertrags und des Atomwaffensperrvertrags «hervorzuheben».

Der Schweizer Zweig der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen *Ican* hat nun genug und bereitet eine Volksinitiative vor. «Es ist ein verheerendes Zeichen, dass die Schweiz den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet hat, besonders angesichts der vielen Kriege und nuklearen Risiken. Da der Bundesrat Arbeitsverweigerung betreibt, braucht es jetzt eine Volksinitiative. Unser Ziel: Die Schweiz soll sich international an vorderster Front für die nukleare Abrüstung engagieren», begründet Florian Eblenkamp den Vorstoss und skizziert das Vorgehen.

Die Eckpunkte der Volksinitiative

«In den Übergangsbestimmungen der



Die Armeeapotheke hat zwischen Mitte Oktober und Mitte November auf Anordnung des Bundes an alle Haushaltungen im Umkreis von 50 km eines Atomkraftwerks (Regionen Basel, Aargau, Solothurn, Luzern, Zürich) eine Schachtel mit 12 Jodtabletten gratis zugesandt. Sie sollen bei Unfällen in Atomkraftwerken «die Schilddrüse vor radioaktivem Jod» schützen. Der Bund macht das als «vorsorgliche Schutzmassnahme» alle 10 Jahre. Nach dem Vogel-Strauss-Prinzip «Was nicht sein darf, kann nicht sein» machen die Behörden auch nicht den geringsten Hinweis auf die radioaktiven Auswirkungen eines Atombombenabwurfs etwa auf die Ukraine. Vielleicht zu Recht, die Schilddrüse wäre da wohl das kleinste Problem.

Bundesverfassung soll verankert werden, dass die Schweiz den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert. Der genaue Initiativtext wird derzeit erarbeitet, wobei eine Anlehnung an die UNO-Beitrittsinitiative als mögliches Modell in Betracht gezogen wird.

Ican strebt eine breite Koalition als Trägerschaft an, die Organisationen der Zivilgesellschaft, Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Diplomatie, Sicherheitspolitik und Wirtschaft umfasst. *Ican* führt zurzeit Gespräche mit verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und allen politischen Parteien, um Unterstützung zu gewinnen.

Ican plant, bis Ende des Jahres den genauen Inhalt der Initiative und die Koalition zu prüfen, um Anfang 2024 mit der Vorprüfung durch die Bundeskanzlei zu beginnen. Die Organisation ist überzeugt, dass die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur globalen Abschaffung von Atomwaffen leisten kann und sollte.»

Gewiss schafft die weltweite Ächtung der Atomwaffen durch den Verbotvertrag diese noch nicht ab, alle Indizien weisen eher auf das Gegenteil hin, wie das SIPRI-Jahrbuch 2023 dokumentiert. Alle fünf offiziellen Atommächte inves-

tieren verstärkt in die Modernisierung ihrer Arsenale und entwickeln neue Waffen. Sämtliche Abrüstungs- und Begrenzungsvereinbarungen zwischen den atomaren Grossmächten USA und Russland sind aufgekündigt oder sistiert worden, gerade hat Russlands Parlament Atomwaffenversuche wieder erlaubt. China ist daran, sein Waffenarsenal erheblich auszubauen. Russland hat kürzlich Atomwaffen in Belarus stationiert.

Doch ist der Atomwaffenverbotsvertrag, der «die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen verbietet, ausserdem die Drohung damit», ein wichtiges Zeichen dafür, dass die internationale Gemeinschaft die Drohung und Erpressung durch sie nicht mehr toleriert. Was zögert da der Bundesrat noch?

Inzwischen hat die GSoA an ihrer Vollversammlung vom 4. November die Unterstützung einer solchen Initiative beschlossen, ebenfalls der Schweizerische Friedensrat. Eine möglichst breite Beteiligung ist aber sicher sinnvoll, damit Druck auf den Bundesrat ausgeübt werden kann.

(pw)

Kontakt: Florian Eblenkamp, *Ican* Advocacy Officer, florian@icanw.org.

75 Jahre UNO-Blauhelme

Der 75. Jahrestag der UNO-Friedenssicherung ist ein Grund zum Feiern. Die Forschung zeigt, dass UNO-Truppen die Gewalt in Kriegen zwischen und innerhalb von Staaten wirksam eindämmen können. Trotzdem steht die UNO-Friedenssicherung gegenwärtig vor grossen Herausforderungen.

/ Corinne Bara, CSS /

Im Jahr 2023 feiert die Welt das 75-jährige Bestehen der UNO-Friedenssicherung. Im arabisch-israelischen Krieg von 1948 testeten die Vereinten Nationen zum ersten Mal die scheinbar abwegige Idee, Soldaten nicht zu entsenden, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten. Die UNO-Organisation zur Überwachung des Waffenstillstands (United Nations Truce Supervision Organization, *Untso*) wurde geschaffen, um Israel und seine arabischen Nachbarstaaten bei der Einhaltung eines Waffenstillstands zu unterstützen. Die Blauhelme sind seitdem zum Symbol für die Arbeit der Vereinten Nationen inmitten von Krieg und Gewalt geworden. Seit 1948 haben mehr als zwei Millionen Männer und Frauen in 71 UNO-Missionen gedient, und mehr als 4300 Friedenssoldatinnen und -soldaten aus 130 Ländern haben im Dienste des Friedens ihr Leben gelassen.

Mangelhaft ist besser als gar nichts

In den letzten zehn Jahren ist ein breiter Konsens darüber entstanden, dass Friedenssicherung funktioniert. Dieser Konsens bedeutet eine Abkehr von früheren Einschätzungen. Als die Blauhelme Mitte der 1990er-Jahre angesichts der Massaker in Ruanda und Srebrenica machtlos waren, schien die Entsendung von leicht bewaffneten Truppen als Antwort auf extrem gewaltbereite Kriegsparteien tatsächlich utopisch gewesen zu sein. Die Einschätzung änderte sich, als die ForscherInnen zu untersuchen begannen, ob (selbst mangelhafte) Friedenssicherungseinsätze besser seien als gar keine.

Sie kamen zum Schluss, dass dem so ist. Da die UNO-Friedenssicherung in einer zerstrittenen Welt eine Krise

durchläuft – seit 2014 hat es keine neue militärische UNO-Mission mehr gegeben, – ist es wichtiger denn je, zu verstehen, wie UNO-Friedenstruppen seit 75 Jahren Leben retten und welchen Herausforderungen sie gegenüberstehen.

Wirksamkeit der Friedenssicherung

UNO-Friedenssicherungseinsätze sind darauf ausgerichtet, den Übergang vom Krieg zum Frieden zu unterstützen. Sie unterscheiden sich von militärischen Interventionen (wie den Nato-Einsätzen in Bosnien und Libyen) dadurch, dass sie unparteiisch sind und mit Zustimmung der Hauptkonfliktparteien eingesetzt werden. Traditionelle Missionen wie die *Untso* oder die UNO-Friedenstruppe in Zypern (*Unficyp*) überwachen Waffenstillstände und halten Pufferzonen zwischen Kriegsparteien aufrecht.

Moderne multidimensionale Missionen verfolgen anspruchsvollere Ziele: Sie setzen sich nicht nur für die Eindämmung von Gewalt ein, sondern schaffen zudem Bedingungen für einen dauerhaften Frieden, indem sie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen einer Gesellschaft umgestalten. Um diese vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, werden die bewaffneten Truppen durch Polizeikräfte und ziviles Personal ergänzt.

Neueste Erkenntnisse der Forschung

Wie finden ForscherInnen heraus, ob die Friedenssicherung in Anbetracht ihrer vielfältigen Ziele wirksam ist? Sie vergleichen Konflikte mit Friedensmissionen mit ähnlichen Konflikten ohne solche Missionen. Statt zu fragen, ob alle Ziele der Mission erreicht wurden, fragen sie, ob Konflikte, bei denen ein Einsatz stattgefunden hat, besser verlaufen, als wenn dieser nicht stattgefunden hätte. Das ist komplizierter, als es im ersten Moment scheint. Erstens kann «besser verlaufen» vieles bedeuten: weniger Gewalt, kürzere Kriege, längeren Frieden oder bessere Lebensbedingungen, um nur einige Vergleichskriterien zu nennen.

Zweitens sind wirklich vergleichbare Fälle mit und ohne Friedensmissionen schwer zu finden, da die UNO-Truppen

in der Regel dorthin entsandt werden, wo sie am meisten gebraucht werden. Die dritte Schwierigkeit besteht darin, die Wirkung von Friedenssicherung von anderen gleichzeitig stattfindenden Aktivitäten wie Mediation, Entwicklungshilfe oder Sanktionen abzugrenzen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, nutzt die Forschung neueste Erkenntnisse aus der Datenwissenschaft und modernsten Statistikmodelle in Kombination mit der Feldforschung in Kriegsgebieten.

UNO-Friedenstruppen retten Leben

Insgesamt zeigen diese Untersuchungen, dass UNO-Friedenseinsätze Gewalt in Kriegen eindämmen können. Wenn die Missionen genügend Truppen aufstellen können, kommen weniger Soldatinnen und Soldaten der Konfliktparteien ums Leben, und es werden weniger Zivilpersonen im Kreuzfeuer oder durch gezielte Angriffe getötet. Friedenstruppen können auch die Ausbreitung von Gewalt innerhalb eines Landes und über Grenzen verhindern. Ebenfalls gibt es Belege dafür, dass Kriege durch Friedenssicherung schneller enden. Wenn sie denn einmal beendet sind, ist es zudem sehr viel unwahrscheinlicher, dass sie in Zukunft wieder aufflammen, wenn eine Friedensmission aktiv ist oder war.

UNO-Friedenstruppen retten also Leben, so die bisherige Forschung. Aber wie? Blauhelmsoldatinnen und -soldaten nehmen zwar an Kämpfen teil, aber in der Regel zur eigenen Verteidigung und zur Verteidigung der bedrohten Zivilbevölkerung. Friedenssicherung funktioniert nicht durch militärische Überlegenheit. Stattdessen wirkt die Anwesenheit von Friedenstruppen als Abschreckung und verursacht Kosten für potenzielle Angreifer.

Die Aktivitäten der Friedenstruppen zur Überwachung und Berichterstattung erschweren Überraschungsangriffe und schränken die Verbreitung von Fehlinformationen ein, die Konflikte eskalieren lassen könnten. Militärische Manöver sind schwieriger, wenn die Friedenstruppen intervenieren. Ausserdem werden Gewalttaten bei der Anwesenheit von Friedenstruppen eher

publik und können zur Rufschädigung führen, was wiederum den Verlust der Unterstützung durch wichtige Verbündete zur Folge haben kann.

Auch negative Folgen von Friedensmissionen

Das funktioniert nicht immer gleich gut. Die positiven Forschungsergebnisse zur Friedenssicherung basieren auf durchschnittlichen statistischen Effekten über eine Vielzahl von unterschiedlichen Missionen hinweg. Friedensmissionen können auch negative Folgen haben. Einige sind auf ein klares Versagen und auf Fehlverhalten zurückzuführen, während andere schwer zu vermeiden sind, nicht aber auf schlechten Absichten fussen.

Die erste Kategorie umfasst zum Beispiel sexuellen Missbrauch und Ausbeutung durch Mitglieder der Friedenstruppen, ein Vergehen an den Menschen, deren Schutz die Blauhelme hätten gewährleisten sollen. Die Anzahl Vorfälle geht in die Tausende und betrifft mehrere Missionen. Die zweite Kategorie umfasst Phänomene wie etwa die «Friedenssicherungswirtschaft», das heisst lokale wirtschaftliche Verzerrungen des Wettbewerbs. Diese entstehen, da die Missionen eine Nachfrage nach Arbeitskräften und Ressourcen schaffen, die nach dem Abzug der Truppen schnell abnimmt.

Eine Welt im Wandel

Friedenssicherung war schon immer das, was die Staaten daraus gemacht haben. Während des Kalten Krieges einigten sich die fünf ständigen Mitglieder (*permanent five*, P5) des UNO-Sicherheitsrates, die ein Vetorecht haben, nur selten auf friedenserhaltende Massnahmen. Die wenigen Missionen, die gestartet wurden, hatten traditionelle Interventions- und Überwachungsaufgaben. Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges entsandten die Vereinten Nationen mehr Missionen als je zuvor (siehe Grafik oben), doch obwohl diese in einigen der brutalsten Kriege agieren mussten, fehlte es den meisten Missionen an einem entsprechenden Mandat oder an Ressourcen, um Gräueltaten zu verhindern.

Mit der Jahrtausendwende gewannen das Konzept der Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*, R2P) und der Krieg gegen den Terrorismus an Bedeutung, was zu umfangreicheren Missionen führte, die zuweilen mit einer starken militärischen Präsenz einhergingen. Beispiele hierfür sind die Stabili-

sierungsmissionen in der Zentralafrikanischen Republik (*Minusca*) und in Mali (*Minusma*), die proaktiv militärische Gewalt einsetzen können, um gegen Angreifer vorzugehen, bevor diese die Mission angreifen oder Zivilpersonen zu Schaden kommen.

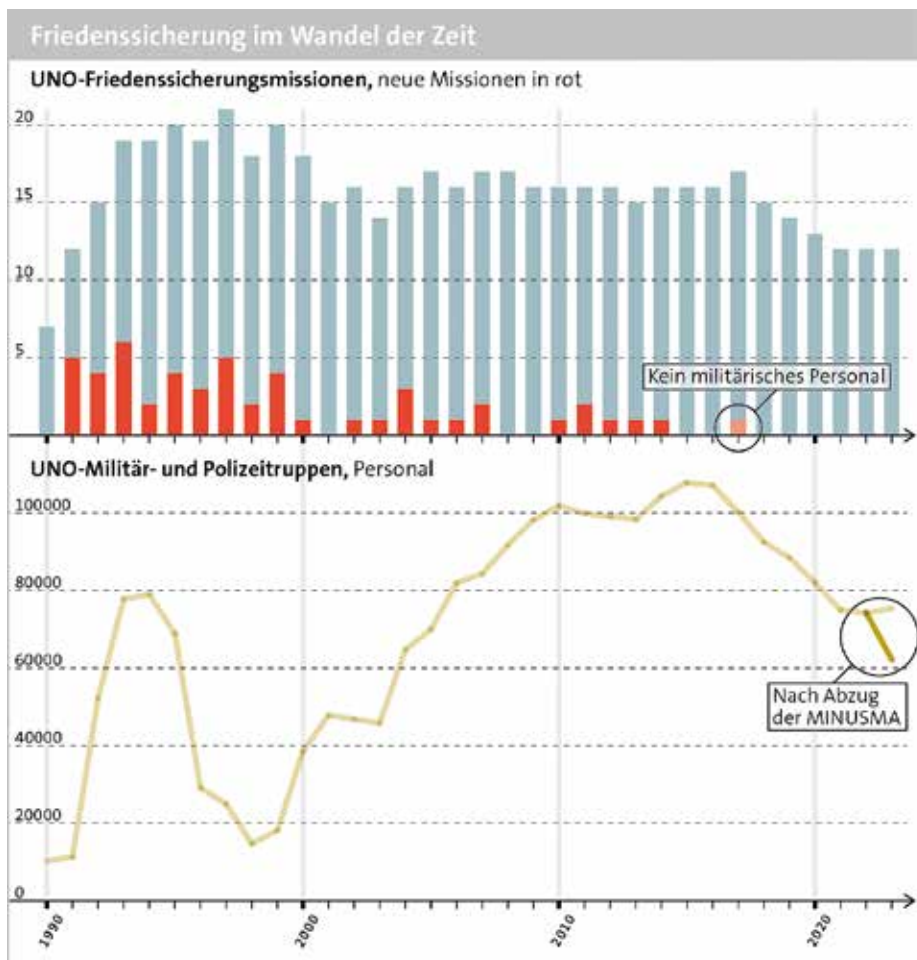
Rivalität der Grossmächte schränkt Friedensmissionen zunehmend ein

Seitdem scheint die UNO-Friedenssicherung wieder an dem Punkt angekommen, an dem sie begonnen hatte. Die Rivalität der Grossmächte schränkt die Fähigkeit des UNO-Sicherheitsrates, den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren, erneut ein. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschlechterten sich mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 rapide und erreichten mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 einen neuen Tiefpunkt. Neben Russland treten auch China und aufstrebende Regionalmächte zunehmend energischer auf und wehren sich gegen Mandate, die sich mit Menschenrechten, Geschlechterfragen, der Zivilgesellschaft und ähnlichen Initiativen befassen. Diese werden als Eingriff in die Souveränität des Gastlandes und als Förderung westlich-liberaler Werte aufgefasst.

Da Russland im UNO-Sicherheitsrat das Vetorecht hat, ist eine Einigung über neue Missionen schwierig, obwohl der Rat die Mandate bestehender Missionen bisher grösstenteils verlängert hat. Infolgedessen wurde seit 2014 kein neuer Friedenseinsatz mit bewaffneten Truppen gestartet, und während die Vereinten Nationen in ihren besten Zeiten weltweit über 100'000 Personen im Einsatz hatten, ist diese Zahl auf das fast tiefste Niveau der letzten zwanzig Jahre gesunken (siehe Grafik oben). Mit dem bevorstehenden Abzug der 13'000 Personen zählenden *Minusma*, einer der grössten UNO-Missionen, wird sie weiter sinken. Die *Minusma* wurde von der malischen Regierung ausgewiesen, auch weil die Vereinten Nationen die Militärjunta wegen Massakern in Zusammenarbeit mit russischen Wagner-Söldnern angeprangert hatten.

Der globale Süden stellt die meisten Blauhelme

Neben geopolitischen Machtverschiebungen haben auch illiberale Tendenzen in den Regierungen weltweit Druck auf das Budget zur Friedenssicherung der Vereinten Nationen ausgeübt. Dies gilt auch für die westlichen P5. So hat



Fortsetzung Seite 12



UNO-Friedenstruppen der MONUSCO in der Nähe von Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo, 7. August 2013.

Fortsetzung von Seite 11

die Trump-Regierung beispielsweise die finanziellen Beiträge der USA zur Friedenssicherung deutlich reduziert. Eine permanente Herausforderung ist zudem die ungleichmässig verteilte personelle Lastenteilung. Heute steuert der globale Süden die meisten Truppen zur Friedenssicherung bei. Doch während das Personal dieser Länder für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen unverzichtbar ist, weisen viele dieser Staaten selbst eine problematische Menschenrechtslage auf. Eine weitere Herausforderung ist es, genügend Polizeikräfte für UNO-Einsätze zu gewinnen, da diese immer auch im eigenen Land gebraucht werden, selbst in Friedenszeiten.

Schliesslich muss die UNO die drei Grundprinzipien der Friedenssicherung – Zustimmung der Hauptkonfliktparteien, Unparteilichkeit und Anwendung von Gewalt nur zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung des Mandats – mit der sich wandelnden Natur der Konflikte in Einklang bringen. Die heutigen Konflikte unterscheiden sich von Konflikten in der Zeit, als diese Grundsätze verabschiedet wurden. Die Zustimmung der Hauptparteien setzt zum Beispiel voraus, dass die Parteien klar definiert und offen für Gespräche sind, welche die Grundlage für ihre Zustimmung zur Friedenssicherung bilden.

Einvernehmliches Handeln nötig

Die fragmentierte Landschaft moderner Konflikte, an denen eine Vielzahl

bewaffneter Gruppen mit unterschiedlichen Zielen beteiligt ist, hat die Anwendung dieses Grundsatzes erschwert. Infolgedessen ist das Prinzip der Zustimmung heute oft auf die Zustimmung des Gastlands reduziert. Dies hat zur Kritik geführt, dass die Vereinten Nationen staatszentriert sind, autoritäre Regime unterstützen und Menschenrechtsverletzungen von Regierungen aus Angst vor dem Verlust der Zustimmung kleinreden – eine Befürchtung, die angesichts der jüngsten Ausweisung der *Minusma* aus Mali nicht unbegründet ist.

Einvernehmliches Handeln ist jedoch nicht nur eine idealistische Haltung, sondern entscheidend für die Sicherheit der Friedenstruppen und für deren Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Ohne Zustimmung werden bewaffnete Akteure die Friedenstruppen behindern, einschüchtern und im schlimmsten Fall Gewalt gegen sie anwenden. Das Gleiche gilt für die beiden anderen Grundsätze. Übermässige Gewaltanwendung oder mangelnde Unparteilichkeit von UNO-Friedenstruppen sind nicht deshalb problematisch, weil sie gegen die vor 75 Jahren aufgestellten Grundsätze verstossen – sie sind ein Problem, weil sie die Friedenstruppen selbst und die Menschen, die sie schützen sollen, in Gefahr bringen.

Die Rolle der Schweiz

Für die Schweiz fällt der 75. Jahrestag der UNO-Friedenssicherung mit der ersten Mitgliedschaft des Landes im UNO-Sicherheitsrat zusammen. Die allererste

UNO-Mission, *Untso*, ist übrigens auch die erste, die von einem Schweizer Offizier geleitet wird: von Divisionär Patrick Gauthat, der dieses Amt seit 2021 innehat. Rein zahlenmässig ist die Schweiz kein grosser Akteur in der UNO-Friedenssicherung. Die Schweiz verfügt derzeit über rund 35 Militär- und Polizeixperten und -expertinnen in sechs verschiedenen Friedensmissionen unter UNO-Führung (siehe Tabelle auf Seite 13). Diese sind alle unbewaffnet – Blaumützen statt Blauhelme. Die grössten Truppenbeiträge der Schweiz sind in der von der Nato geführten Kosovo-Truppe (Kosovo Force, *Kfor*) und in einem von der EU geführten Einsatz in Bosnien-Herzegowina. Anders als die Schweizer UNO-Expertinnen und -Experten im Einsatz sind die Kontingente im Kosovo und in Bosnien zum Selbstschutz bewaffnet.

Die Schweiz ist nicht die einzige Nation, die nur einen kleinen Personalbeitrag zur UNO-Friedenssicherung leistet. Forschende sehen sogenannte «token contributions», also symbolische Truppenstellungen mit wenigen Personen pro Mission, als eine besondere Form der Beteiligung an der UNO-Friedenssicherung, wenn grössere Kontingente nicht möglich oder erwünscht sind. Im Fall der Schweiz ist die Begrenzung in erster Linie rechtlicher Natur: Das Schweizerische Militärgesetz verbietet den Einsatz bewaffneter Truppen ohne die Zustimmung der Bundesversammlung.

Neutralität ist kein Hindernis

Ein Versuch, dies zu ändern (das soge-

nannte Blauhelmesgesetz), wurde 1994 in einer Volksabstimmung abgelehnt. Innerhalb dieser Grenzen versucht die Schweiz, ihren Beitrag zu leisten, indem sie Nischenkompetenz zur Verfügung stellt, zum Beispiel im Bereich der humanitären Minenräumung, mit erfahrenen Stabsoffizieren oder mit Fachwissen im Bereich der Sicherheitssektorreform (SSR).

Neutralität an sich ist kein Hindernis für die Beteiligung an der UNO-Friedenssicherung. Andere neutrale (oder ehemals neutrale) Staaten wie Finnland, Irland, Österreich oder Schweden haben sich mit bewaffneten Kontingenten beteiligt. Für die Schweiz wären bewaffnete Friedenstruppen gerade deshalb mit dem Neutralitätsrecht vereinbar, weil die UNO-Missionen auf den drei Grundsätzen Zustimmung, Unparteilichkeit und Nichtanwendung von Gewalt beruhen. Diese Grundsätze spiegeln die Grundprinzipien der schweizerischen Neutralitäts- und Verteidigungspolitik in der Tat sehr gut wider.

Schwaches Engagement der Schweiz

Die Schweiz arbeitet derzeit daran, ihre Rolle in der UNO-Friedenssicherung zu stärken. Im Jahr 2020 hat der Bundesrat das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) damit beauftragt, mehrere Massnahmen in diesem Sinne umzusetzen. Die Schweiz hat der UNO inzwischen drei Einheiten in Kompaniegrösse für mögliche künftige UNO-Einsätze angeboten.

Dieses Angebot ist unverbindlich, und die Entscheidung über die Entsendung bedarf wie stets der Zustimmung des Parlaments, wenn ein Einsatz mehr als hundert Soldatinnen und Soldaten umfasst oder länger als drei Wochen dauert. Als Beitrag ans Ziel der UNO, die Beteiligung von Frauen in der Friedenssicherung zu erhöhen, hat die Schweiz zudem einen neuen Karriereweg eingeführt. Dieser ermöglicht es Frauen, die keine Rekrutenschule absolviert haben, nach einer zwölfwöchigen militärischen Ausbildung in der *Kfor* zu dienen und danach der Milizarmee beizutreten.

Ausblick

In den vergangenen 75 Jahren sind die UNO-Blauhelme und -mützen zu einem international anerkannten Symbol für den Schutz von Menschen vor Krieg und Gewalt über die Landesgrenzen hinaus

geworden. Trotz der gewaltigen Herausforderungen, mit denen die UNO-Friedenssicherung derzeit konfrontiert ist, ist es unwahrscheinlich, dass sie verschwinden wird.

Erstens haben die Vereinten Nationen immer noch mehr uniformiertes Personal vor Ort als alle anderen Akteure der Friedenssicherung zusammen. Zweitens hat die UNO-Friedenssicherung schon früher Krisen überstanden, wie der massive Personalabbau nach den Misserfolgen in den 1990er-Jahren zeigt (siehe Grafik auf Seite 11). Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges fanden die Supermächte einen Konsens für einige Einsätze, wie die UNO-Übergangstruppe (*Unifil*) im Jahr 1978 zur Bestätigung des israelischen Rückzugs aus dem Libanon. Der UNO-Sicherheitsrat ist sich zudem auch heute, trotz grosser Differenzen, nicht immer einig. Im Jahr 2023 nahm er einstimmig Resolutionen an, in denen er die Diskriminierung von Frauen durch die Taliban verurteilte, die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe für Syrien verlängerte und zum ersten Mal in seiner Geschichte Antisemitismus anprangerte, um nur einige Beispiele zu nennen.

Partnerschaftliche Friedenssicherung

Kurzfristig werden sich die Vereinten Nationen anpassen müssen, um ihrer Rolle bei der Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens gerecht zu werden. Sie tun das bereits, indem sie beispielsweise politischen Missionen Vorrang geben. Dabei handelt es sich um kleine Missionen, die zu politischen Lösungen und zur zivilen Friedensförderung beitragen. Sie erfor-

dern weniger Personal, agieren zurückhaltender und sind kostengünstiger, sodass es einfacher ist, eine Zustimmung zu diesen Missionen zu erhalten. Die Vereinten Nationen betonen auch die Bedeutung einer partnerschaftlichen Friedenssicherung mit regionalen Organisationen (wie der Afrikanischen Union) oder mit Ad-hoc-Koalitionen von Staaten.

Während partnerschaftliche Friedenssicherung in der Regel bedeutet, dass UNO- und Nicht-UNO-Missionen gemeinsam oder nacheinander eingesetzt werden und die Friedenssicherung nicht einfach an andere delegiert wird, könnte die Delegation in den kommenden Jahren zur Realität werden. Die Missionen regionaler Organisationen und von Ad-hoc-Koalitionen sind jedoch eher militärisch ausgerichtet, während die Stärke der Vereinten Nationen in ihrem multidimensionalen Ansatz zur Friedensförderung liegt. In diesem Sinne kann die UNO-Friedenssicherung nicht einfach ersetzt und ausgelagert werden.

Corinne Bara ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 330 vom Oktober 2023. Die CSS-Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Abdruck mit freundlicher Genehmigung. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

Übersichtskarte der internationalen **Friedenseinsätze 2022/2023**. In der FRIEDENSZEITUNG Nr. 45 vom Juni 2023 haben wir auf den Mittelseiten eine grosse Karte der zurzeit laufenden internationalen Friedenseinsätze publiziert: die eigentlichen Peacekeeping-Einsätze der UNO sowie deren Sondermissionen, die Einsätze der EU, die OSZE-Feldoperationen, die subregionalen Einsätze der Afrikanischen Union sowie die Nato-Einsätze (Kosovo).

Schweizer Friedenseinsätze		
Org.	Mission ¹	Personal
UNO	UNTSO, Naher Osten	1 Missionsleiter; 12 Armeeangehörige (BeobachterInnen, StabsoffizierInnen)
UNO	MINUSMA, Mali	5 Armeeangehörige (StabsoffizierInnen, MinenräumungsspezialistInnen und AufklärungsexpertInnen) 1 Polizeikraft ²
UNO	MONUSCO, Demokratische Republik Kongo	5 Armeeangehörige (MinenräumungsspezialistInnen) 2 Polizeikräfte
UNO	UNMISS, Südsudan	4 Armeeangehörige (1 StabsoffizierIn, 3 MinenräumungsspezialistInnen); 1 Polizeikraft
UNO	UNMOGIP, Kaschmir	2 Armeeangehörige (BeobachterInnen)
UNO	MINURSO, Westsahara	1 Armeeangehörige(r) (BeobachterIn)
NATO	KFOR, Kosovo	181 Armeeangehörige, bewaffnet
EU	EUFOR-ALTHEA, Bosnien-Herzegowina	26 Armeeangehörige, bewaffnet
	Neutrale Überwachungskommission, Korea (Nord-Süd)	5 Armeeangehörige (einschliesslich Missionsleitung)
Stand der Daten: September 2023, genaue Zahlen schwanken.		
1 Beinhaltet nur Friedensmissionen mit uniformiertem Personal.		
2 Mit bis zu sechs PolizistInnen war MINUSMA bis im Frühjahr 2023 die Mission mit dem grössten Schweizer Polizeikontingent.		
Quellen: VBS/SWISSINT (Militär); EDA (Polizei)		



Grenze der Hoffnung

Ein langer und beschwerlicher Weg liegt bereits hinter den Menschen, die die riskante Fluchtroute von Libyen aus über das Mittelmeer nach Europa antreten. Mit Hilfe von Schleppern gelangen sie auf die baufälligen Boote, auf denen sie nachts von den Stränden aus starten, zusammengepfercht und ausgestattet mit nichts als ihren Kleidern am Körper und ein paar Litern Benzin, das ausreicht, um die klapprigen Boote in internationale Gewässer zu steuern.

Wer einen Platz auf einem der Boote ergattert, anschliessend nicht von der libyschen Küstenwache entdeckt und zurückgebracht wird oder Schiffbruch erleidet und ertrinkt, hat die Chance, von einem vorbeifahrenden Boot gefunden und gerettet zu werden. Auf der Flucht vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit überwiegt die Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand das Risiko dieser lebensgefährlichen Reise. Die Aufgabe der Hilfsorganisationen ist die Rettung von Schiffbrüchigen und der Transport der Geretteten in einen sicheren Hafen – ein Ort, an dem sie vor Verfolgung und Diskriminierung geschützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden sollen.

Frauen, Kinder und Verletzte gelten als besonders verletzlich und werden bei den Rettungseinsätzen zuerst in Sicherheit gebracht. Vor allem Frauen berichten immer wieder von Menschenrechtsverletzungen wie Sklaverei und sexualisierter Gewalt. Die NGOs bieten den Schutzbedürftigsten unter ihnen einen Raum der Sicherheit, den sogenannten Shelter. Dort können vertrau-

liche Gespräche geführt und Wunden behandelt werden, Männer haben hier keinen Zutritt.

Als ich 2016 das erste Mal auf dem Mittelmeer Seenotrettungen fotografisch dokumentiert habe, bin ich davon ausgegangen, dass Europa diesen Zustand nicht dulden und eine schnelle politische Lösung finden würde. Fast acht Jahre später ist diese Lösung noch immer nicht in Sicht. Die Gräben zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern vertiefen sich, und die grosse Einigung auf europäischer Ebene scheint in weite Ferne gerückt zu sein.

Als Fotojournalist sehe ich meine Aufgabe darin, die Situation auf dem Meer wahrheitsgetreu zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zu zeigen. Als Teil des Teams von SOS Mediterranée und Ärzte ohne Grenzen gehörte neben der fotografischen Dokumentation der Einsätze auch die Versorgung der Geretteten zu meinen Aufgaben. In prekären Notfallsituationen kommen alle Beteiligten an die Grenzen ihrer mentalen und physischen Belastbarkeit. Jede freie Hand wird benötigt. In solchen Situationen legte ich meine Kamera zur Seite und packte mit an.

Um Rettungseinsätze möglichst sicher und effizient durchzuführen, verfolgen die «Search and Rescue»-Teams einen strukturierten Plan, der verhindert, dass Panik ausbricht, Menschen ins Wasser springen und die Rettung dadurch erheblich erschwert wird. Das ist wichtig, damit so viele Menschen wie möglich gerettet werden können.

Am 28. Januar 2018 ereignete sich ein dramatisches Unglück in internationalen Gewässern vor der libyschen Küste. Nach ereignislosen Tagen, in denen wir bei schlechtem Wetter in der Einsatzzone patrouillierten, bekamen wir morgens von der Rettungsleitstelle die ungefähren Koordinaten eines Schiffbruchs. Auf dem Weg dorthin suchte die Crew mit Hilfe von Ferngläsern das Meer nach Schiffen ab. Durch ein langes Teleobjektiv konnte ich zuerst einen kleinen Punkt am Horizont erkennen, der dann immer grösser wurde, und bald war klar, dass es sich um ein schwer beschädigtes Schlauchboot mit um die 100 Menschen handelte. Etwa die Hälfte der Menschen war zu diesem Zeitpunkt schon im Wasser und hielt sich an den schwimmenden Teilen des Bootes fest.

Vor Ort erwartete uns die grausame Brutalität eines Schiffbruchs: schreiende Menschen in Todesangst, die überall im Wasser verteilt waren, sich an die schwimmenden Überreste des Bootes klammerten, Panik, Menschen, die ihr Bewusstsein verloren hatten, und auf der Wasseroberfläche treibende regungslose Körper. Die Rettungsteams begannen sofort, einen nach dem anderen aus dem Wasser in die Boote zu hieven, Rettungswesten zu verteilen und erste Hilfe zu leisten.

Ich selbst habe den Anfang dieses Einsatzes fotografiert und damit aufgehört, als sich direkt vor meiner Linse eine Hand aus dem Wasser streckte. Ich packte sie und zog eine junge Frau ins Boot. Nach zwei Stunden war der Einsatz beendet und 80 Schiffbrüchige in Sicherheit an Bord der Aquarius, wo sie mit Nahrung, Wärmedecken und ärztlicher Betreuung versorgt wurden und zur Ruhe kommen konnten.

Während der mehrtägigen Überfahrt nach Italien begannen die Menschen mit der Verarbeitung der Ereignisse. Der Schmerz und die Trauer über den Verlust von Angehörigen standen dabei im Kontrast zur Erleichterung und Freude darüber, es geschafft und überlebt zu haben. Die Menschen beteten, tanzten und sangen. Die Leichensäcke wurden in einem dafür vorgesehenen Container am Bug des Schiffes aufbewahrt. Nie habe ich Freud und Leid so nah beieinander erlebt. An der «Grenze der Hoffnung» treffen Mut auf Angst, Freude auf Trauer, Leben auf Tod. Die «Grenze der Hoffnung» steht zwischen Aufbruch und Ende.

Laurin Schmid

Die Schweiz im Sicherheitsrat

Die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik begleitet die Arbeit der Schweizer UNO-Vertretung im Sicherheitsrat der Jahre 2023/2024 in einem wöchentlichen Rückblick. Hier derjenige der Woche 47 (20. – 26. November).

/ Johann Aeschlimann /

Gaza: Zwei Tage nach der Ankündigung eines limitierten Geisel-/Gefangenenaustausches (50 Hamas-Geiseln, alles Frauen und Kinder, gegen 150 palästinensische Gefangene in Israel) hat der Rat sich mit den Auswirkungen des israelischen Belagerungskrieges im Gazastreifen befasst. Vertreterinnen der UNO-Hilfsorganisationen nannten Zahlen: 67 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder. Schwangere Frauen gebären ohne Wasser und Medikamente. Es gibt keinen Strom für Brutkästen. Kaiserschnitte werden ohne Anästhesie durchgeführt. 800'000 Frauen und Minderjährige sind auf Hilfe angewiesen.

Der Vertreter Palästinas warf Israel vor, sein «wahrer Plan» sei die Vertreibung von 2,3 Millionen PalästinenserInnen aus dem abgeschnürten Gazastreifen: «Verlasst dieses Land oder verlasst die Erde.» Der Vertreter Israels erklärte, wenn Hamas alle seiner schätzungsweise 240 Geiseln freilasse und die Verantwortlichen für das Massaker an israelischen Zivilisten vom 7. Oktober überstelle, sei der Krieg vorbei. Er warf den UNO-Organisationen vor, die Indoktrinierung von Minderjährigen durch Hamas in den vergangenen Jahren ignoriert zu haben.

Die Schweiz zeigte sich «tief besorgt über die Zahl der zivilen Opfer in Israel und in der Gesamtheit der besetzten Gebiete seit den von Hamas verübten Terrorakten vom 7. Oktober». Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung, aber «alle Parteien» müssten das humanitäre Völkerrecht befolgen, «insbesondere die Prinzipien der Unterscheidung, der Verhältnismässigkeit und der Vorsicht». Die Schweiz warnte vor einer «Regionalisierung des Konflikts, wovon wir sowohl in Cisjordanien als auch im Libanon beunruhigende Anzeichen sehen».

Frieden und nachhaltige Entwicklung:

In einer Monsterdebatte hat der Rat sich mit dem Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung und dem Zwischenstand der «Agenda 2030» befasst, deren 17 «Ziele für nachhaltige Entwicklung» (SDG – sustainable development goals) bis 2030 erreicht werden sollen. Der UNO-Generalsekretär erklärte, man sei «vom Kurs abgekommen», 85 Prozent der Vorgaben würden nicht erreicht. Die DebattenteilnehmerInnen anerkannten den Zusammenhang zwischen dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Entwicklung, den Mangel an Mitteln zur Erreichung der Ziele und deren Erreichung. Der Vorschlag eines «SDG-Stimulus» von jährlich 500 Milliarden Dollar wurde von niemandem aufgenommen.

Die Schweiz sagte, es sei fast zur Binsenwahrheit geworden, dass es erstens keinen Frieden ohne Entwicklung und zweitens keine Entwicklung ohne Frieden gebe. Dritte Bedingung sei die «Verwirklichung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit: wirtschaftlich, sozial, kulturell, bürgerlich und politisch». Zur Abwendung von Krieg gehöre die «Förderung der menschlichen Würde und die Verbesserung der Lebensumstände jedes Individuums», und Entwicklung könne nur dauerhaft sein, «wenn sie sich auf friedliche und integrative Gesellschaften stützt, die gut regiert sind». Dazu seien «Vertrauen, Dialog und Treu und Glauben» nötig.

Ukraine: Zum Jahrestag von Holodomor – dem sowjetischen Aushungerungsprogramm, dem in den 1930er-Jahren Millionen von Ukrainern zum Opfer fielen – hat der Rat sich mit der Wirkung des russischen Angriffs auf die Infrastruktur in der Ukraine und auf die Nahrungsmittelversorgung der Welt befasst. Die Ukraine gehört zu den fruchtbarsten Landwirtschaftsgebieten der Erde. Laut UNO-VertreterInnen sind 25'000 Quadratkilometer Agrarland durch Minen oder Rückstände vergiftet, 900'000 Personen nahe der Front von Unterernährung bedroht und seit Juli 31 Anlagen des Getreideanbaus und -exports angegriffen worden.

Der Vertreter des UNO-Welternährungsprogramms (WFP) nannte es eine «Ironie», dass «in einem der grossartigsten Brotkörbe der Welt Hunderttausende von Menschen im Umfeld der Feindseligkeiten auf humanitäre Hilfe angewiesen sind». Die Schweiz sprach dem WFP ihre Unterstützung aus, rief zur Wiederinstandstellung der Getreidelieferketten aus der Ukraine auf, um dem «chronischen Hunger in der Welt» zu begegnen, und forderte Russland – wie immer, wenn es um die Ukraine geht – zur Einstellung seiner Angriffe und zum Abzug aus der Ukraine auf.

Sahel: Die Force conjointe du G5 Sahel – 2017 von Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauritien und Niger zur Bekämpfung gewalttätiger Extremisten gebildet – war Gegenstand einer Ratssitzung hinter geschlossenen Türen. Einer der fünf Staaten, Mali, hat die UNO-Blauhelmsoldaten aus dem Land komplementiert, in anderen wächst nach Staatsstreichen die Distanz zu UNO-Friedensbemühungen. Die Schweiz ist als Co-Penholder (mit Ghana) im Dossier der vom Sicherheitsrat mandatierten UNO-Mission für Sahel (Unowas) von den Entwicklungen in der Region berührt. Die Schweiz veröffentlichte einen Tweet, demzufolge sie «besorgt» ist und eine «kohärente und koordinierte politische Strategie» befürwortet.

Libanon: Hinter geschlossenen Türen hat der Rat über die Einhaltung des 2006 vereinbarten Waffenstillstands zwischen Israel und der schiitischen Hizbollah-Bewegung im Libanon beraten. In diesem Bereich wird die gefährlichste Ausweitung des laufenden Kriegs im Gazastreifen befürchtet. Die Schweiz veröffentlichte einen Tweet, demzufolge sie «Besorgnis über Verletzungen des Waffenstillstands» äusserte.

Kongo: Südafrikanische Soldaten in der UNO-Blauhelmsoldaten Truppe Monusco (Demokratische Republik Kongo) wurden wegen «sexuellem Fehlverhalten» nach Hause beordert. Auf Antrag der USA hat sich der Rat mit den Vorfällen befasst. Die Schweiz signalisierte in einem Tweet, dass sie sich zum Thema auch geäussert hat («begrüssst Nulltoleranz»).

Der Architekt des Parac

Der russisch-schweizerische Schriftsteller und Publizist Michail Schischkin (geboren 1961 in Moskau) kam 1995 in die Schweiz und lebt heute mit seiner Frau Evgeniya Schischkina und den Kindern in Kleinlützel (SO). Schon lange vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich Schischkin in zahlreichen Essays zu Putin und den gefährlichen Entwicklungen in Russland geäußert. Seit dem 24. Februar 2022 ist er ununterbrochen schreibend und informierend unterwegs. Für die FRIEDENSZEITUNG hat er in der März-Ausgabe einen Essay zu russischen Soldaten in Internierungslagern in der Schweiz 1945 verfasst. Hier folgt ein weiterer Beitrag über russisch-schweizerische Beziehungen.

/ Michail Schischkin /

Das wichtigste politische Gefängnis des russischen Imperiums wurde von dem Schweizer Domenico Trezzini gebaut. Will man den gängigen tröstenden Worten Glauben schenken, dass der Künstler nicht stirbt, sondern in seinem Werk weiterlebt, so war der gebürtige Tessiner

stets anwesend unter den Gewölben der Kasematten der Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg und konnte, selbst unsichtbar, den Dekabristen zuschauen, wie sie, auf den Galgen wartend, mit aus Brotkügelchen geformten Figuren Schach spielten, den Zarenmördern, die auf Alexander II. Bomben geworfen hatten und erhobenen Hauptes bei der Todesurteilsvollstreckung die Beichte verweigert hatten, und Maxim Gorki, der, solange er sein Schauspiel nicht zu Ende geschrieben hatte, die diese Arbeit so begünstigende Einsamkeit nicht aufgeben wollte. Und später, nachdem 1924 das einst grauerregende Gefängnis in ein Museum verwandelt und das ganze Land selbst zu einem Gefängnis geworden war, blieb Trezzini einer der ewigen Bewohner dieser düsteren Mauern.

✱

Im Jahre 1703 wird Domenico Trezzini 33 Jahre alt. Ein symbolträchtiges Alter. Ein Leben bisher ohne sichtlichen Erfolg. Er lebt fern des heimatlichen Astano in Kopenhagen, ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Hoffnung auf einen einträglichen Auftrag. Es scheint, er ist ein Architekt ohne Namen und ohne Zukunft. 33 Jahre – Zeit, alle Brücken hinter sich zu verbrennen und sich neu aus der Asche zu erheben.

Da kommt ein Angebot aus Russland, es werden Spezialisten gesucht. Ganz Europa spricht von dem neuen russischen Zaren, der sich vorgenommen hat, das wilde Moskowiter Reich von Grund auf umzugestalten. Die versprochene Besoldung von 1000 Rubeln erscheint vorerst wie ein sagenhafter Reichtum und zerstreut jegliche Zweifel. Trezzini sagt sich von seinem bisherigen Leben los und besteigt ein Schiff nach Archangelsk, um nie wieder weder die heimatlichen Alpen noch seine Frau oder sein Haus zu sehen – wenn schon sich trennen, dann gleich von allem.

Die Reise dauert mehrere Monate. Zuerst der Umweg über das Weisse Meer, der Landweg ist gesperrt, da Schweden und Russland miteinander Krieg führen.

Nebel, Regen, das Schlingern des Schiffs. Dann durch endlose russische Ebenen bis nach Moskau. Sonderbare Dörfer, sonderbare Häuser, sonderbare Menschen. Noch weiss er nicht, dass dieses Land seine zweite Heimat werden soll. Während Trezzini unterwegs ist, legt der ungestüme Peter der Grosse an der eben erst den Schweden abgerungenen Newa-Mündung den Grundstein zur neuen Stadt Sankt Petersburg. Es genügt ein einziger Federstrich, und der völlig unbekannte Tessiner wird zum Hauptarchitekten der nördlichen Hauptstadt eines Riesenreiches.

Noch ist Krieg, und Trezzini baut in der Bucht das Fort Kronschlot, befestigt das vor Kurzem eroberte und zerstörte Städtchen Narva. Peter fällt der energische, sachverständige und verantwortungsbewusste Schweizer sogleich auf. Der Zar lässt ihn zu sich kommen und betraut ihn mit dem Bau bedeutender Objekte in seinem auf Sumpfgebiet zu erschaffenden «Paradies», in erster Linie eine Festung. Von nun an bis zu seinem Lebensende werden die Peter-und-Paul-Festung und ihre Kirche die Drehscheibe von Trezzinis Leben sein.

Ihm wird die Verantwortung für jeden neuen wichtigen Auftrag übergeben. Trezzini baut das Sommerhaus Peters, die erste Petersburger Zarenresidenz und den ersten Winterpalast, der später einem moderneren zu weichen hat. Sein Arbeitstag beginnt um fünf Uhr morgens. Petersburg erinnert an einen Ameisenhaufen. Man arbeitet von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, es werden Gruben ausgehoben, Pfähle eingeschlagen, Wege gepflastert, Erde wird hin- und hergeschleppt, der schief gewachsene Sumpfwald gerodet.

Ihm sind Tausende von Leuten untergestellt. Überall wird er gebraucht, alles muss er mit kundigem Auge prüfen. Trezzini hetzt von einem Ende des gigantischen Bauplatzes zum anderen, zuerst zur Festungsanlage, dann auf die Gorodowoj-Insel, die Wassiljew-Insel, weiter auf die Admiralitätsseite und die Wyborgerseite. Von dort in die Kanzlei an der Grossen Newa.



Michail Schischkin © Evgeniya Frolkova

dieses

Die Liebe der Einheimischen zur Bürokratie könnte wahnsinnig machen. Ein Papier nach dem anderen auszufüllen und an die verschiedensten Behörden zu schicken, ist gleichzeitig eine Kunst und eine Existenzform. In den Rechenschaftsberichten und Rapporten scheint immer alles in Ordnung zu sein, in Wirklichkeit aber fehlt alles überall, was auch immer man anpackt. Bogenweise Papier vollschreiben, damit kann man herrlich die eigene Faulheit, Unfähigkeit, Klausucht vertuschen.

Auch Trezzini muss sich auf eine endlose Korrespondenz einlassen, wegen jeder Kleinigkeit Unmengen von Papier und Tinte und wertvolle unersetzbare Zeit vergeuden, an der es so sehr fehlt. Der Architekt muss an einem Tag allein um 110 Bleistifte für verschiedene Bauplanzeichnungen und für Bleiplatten für das Dach der Peter-und-Paul-Kirche bitten, einen Bohrer bestellen und anstelle der ausgeschiedenen Arbeiter neue Leute einteilen sowie einen Meldebericht verfassen, dass Räder für die Schubkarren und Brennholz für die Kasernen benötigt werden.

Andauernd gilt es, in das nahegelegene Strelna oder nach Peterhof zu fahren, auf die Ziegelbrennereien, nach Kronstadt oder zur Schlüsselburg, wo ebenfalls die Bauarbeiten an den Festungsanlagen in vollem Gang sind. Dann wieder zurück nach Petersburg und hier wieder das Gleiche: die Arbeit von morgens bis abends, Tag für Tag, jahrein, jahraus. Kaum will er sich zu Hause ins Bett legen, da klopft auch schon ein Eilbote des Zaren: Peter trommelt seine Bekannten und Freunde zusammen, um sich zu vergnügen. Abzusagen wäre undenkbar. Und anstatt sich auszuruhen, geht Trezzini nachts auf eine königliche Zecherei.

Der damalige dänische Botschafter Justus Jul beschrieb einen solchen Abend bei Menschikow, dem bevorzugtesten Günstling Peter des Grossen: «[Es] wurde viel gegessen, viel getrunken und viel geschossen [...] während des Mahls trug man einen ganzen gebratenen Stier herein, der zwei Tage lang gebraten worden war, das Gesaue und



Denkmal Domenico Giovanni Trezzinis in St. Petersburg des Bildhauers Pavel Ignatev, 2014, Bronze.

Gelage hielten wir bis vier Uhr morgens aus [...]. An allen diesen Festen befiehlt der Zar, kaum dass sich die Gäste eingefunden haben und bevor sie zu trinken und den Wein zu kosten anfangen, gewohnheitsgemäss Posten an die Türen zu stellen, damit sie niemanden herauslassen.» Und morgens um fünf Uhr beginnt das Tageswerk, in dem Trezzini völlig aufzugehen fähig ist.

Wieder macht er sich auf den Weg, um den Arbeitsfortgang zu beaufsichtigen, überall ist ein wachsames Auge nötig. Ein halbes Jahrhundert später schreibt ein weiterer ausländischer Bauherr Petersburgs, der Italiener Rastrelli: «In Russland genügt es nicht, wenn ein Architekt den Bauplan entwirft [...]. Er muss ununterbrochen selbst auf der Baustelle sein, die er leitet, wobei ihm weder gute Maurer zur Verfügung stehen noch Aufseher, denen er eine genaue Ausführung seiner Anleitungen anvertrauen konnte.»

Unfreiwillige Arbeit hat ihre eigenen Gesetze. Überall wird geschlampt, gepfuscht. Vom Zwangsarbeiter bis zum Feldmarschall stiehlt ein jeder, je nach Rang und Würde werden da Nägel in die eigene Tasche gesteckt, dort Lieferungen im Wert von vielen Tausenden abgeschleppt. Alle pfeifen auf die Stadt und ihre zukünftige Schönheit, die Zwangsarbeiter, Soldaten, die Offiziere, die Leute des Hofes. Der eine will nur einen Dienstgrad erhalten oder sich ein Dorf und Bauern ausbetteln, der andere einfach sich den Bauch vollschlagen und bis zum morgigen Tage überleben. Andrej Tresin, wie Trezzini auf der Baustelle genannt wird, will mehr noch als andere, er ist es, der sich – weder aus Angst noch um sich zu bereichern, sondern allein um seiner vor seinen Augen heranwachsenden Stadt willen – ganz der Sache verschrieben hat.

Fortsetzung Seite 18

Peter scheut keine Mittel für sein «Paradies», es genügt zu erwähnen, dass er das Bauen mit Stein im ganzen Land verbietet, denn Steine und Maurer sind unentbehrlich für die neue Hauptstadt. Von überall her werden Leute in das Bauprojekt getrieben, das seinesgleichen nicht kennt. Auf allen Strassen schleppen sich Männer gegen Norden, die von Familie und Haus getrennt wurden, unter verschärfter Bewachung führt man die unter Krankheiten und Erschöpfung Leidenden ihrem Untergang zu. Nur die Hälfte erreicht Petersburg, viele sterben bereits unterwegs, oder es gelingt ihnen zu entfliehen.

Peter befiehlt, dass alle Familienmitglieder eines Flüchtlings im Kerker darben sollen, bis man diesen gefangen hat. Wer geschnappt wird, dem werden die Nasenflügel abgerissen. Viele der Arbeiter, die die Anleitungen des Schweizer Architekten ausführen, sind Männer mit verstümmelten Nasen. Dem Zaren scheint, dass die Henker sich zu wenig Mühe geben, und er erlässt den Befehl, «die Nasenflügel bis an den Knochen entfernen». Justus Jul schreibt 1710: «Von der Arbeit, vor Kälte und Hunger starben, so sagt man, 60'000 Leute». Mit den Russen arbeiten Tataren, Kalmücken, gefangene Schweden, der Tod ist nicht wählerisch und mäht alle nieder.

Das Fundament der neuen Stadt ist stabil, es besteht aus menschlichen Knochen. Andauernd fehlt es an Arbeitskräften, Trezzini fordert neue Leute. Die neu angelangten Truppen schwinden dahin. Trezzini fordert wieder und wieder Leute. Das Peterstor in der Festung, diesen Triumphbogen auf das Heldentum des Despoten, krönt Trezzini mit einer Figur des Apostels Peter mit einem Schlüsselbund in der Hand – zum Paradies und zur Hölle. Ob der Gedanke, dass er nicht der Architekt des «Paradieses», sondern der Unterwelt ist, den Bauherrn wohl gequält hat?

Mit jedem Jahr nehmen die Sorgen zu. Trezzini entwirft Pulverkammer und Kirchen, Hafen und Vorstadthäuser für den Adel. Er errichtet das Kollegiengebäude, später die berühmte Petersburger Universität. Er zeichnet die Entwürfe für das in Russland beispiellose Alexander-Newski-Kloster, das auf dem Plan einem Adler mit ausgebreiteten Schwingen gleicht. Je mehr man ihm aufbürdet, desto hartnäckiger zieht er den Karren. Aber nach wie vor sind die Festung und die

Kirche sein grösstes Sorgenkind. Peter drängt mit dem Bau des Glockenturms. Er hat es eilig, aus der Vogelperspektive auf seine geliebte Stadt herabzuschauen. Trezzini entwirft den höchsten Turmaufsatz im Land. Peter mag die Moskauer Kuppeln nicht, und in Petersburg werden sie durch Spitzdächer abgelöst, die wie Bajonette in den niedrigen grauen Himmel stechen.

Peter und Trezzini. Der Zar und der Meister. Sie haben zueinandergefunden. Der Imperator mit seiner Leidenschaft fürs Bauen und Basteln macht den Architekten zu seinem Berater, hört auf ihn, schätzt ihn, liebt ihn. Als Domenico Trezzini, der unterdessen erneut geheiratet hat, ein Sohn geboren wird, der Petersburger Pyotr Trezzini, steht der Zar selbst Pate. Während der Karnevalsumzüge muss der Schweizer in seiner Tessiner Nationaltracht unter den Höflingen mitlaufen. Die beiden vereint mehr als das, was üblicherweise einen Auftraggeber und den Auftragsvollzieher verbindet. Sie bauen eine Stadt, und vielleicht als Einzige unter Tausenden von Leuten in ihrer Umgebung nicht einfach aus Eigennutz oder unter dem Knuppel. Beide brauchen die Stadt, um sich selber etwas zu beweisen. Hier geht es um mehr als nur um Stolz, es geht um den Sinn des Lebens.

Dem Architekten genügt es nicht, ehrlich, arbeitsam, begabt zu sein. Um sich verwirklichen zu können, braucht er eine Chance. Der Erste zu sein, der Einzige, aus dem Nichts eine Welt zu schaffen, aus Sumpf und Asche seine eigene Stadt zu errichten, sein «Paradies» – das ist seine Chance, um deretwillen der Architekt auf die Welt gekommen ist.

Bisweilen scheint das alles nur ein Traum zu sein, aber das Unmögliche wird wahr, eine Stadt wächst, aus den Sümpfen erhebt sich für den Gründer ein Himmel, für die Bewohner Zwangsarbeit, eine grauenhafte und wunderbare Stadt zugleich, die nicht für Menschen geboren wird, sondern um Europa in Erstaunen zu versetzen, und Europa wundert sich, in allen Ländern berichten staunende Augenzeugen begeistert von der neuen russischen Hauptstadt, die wie durch den Wink eines Zauberstabs in der nördlichen Einöde entsteht.

Während der ersten Jahre wohnt Trezzini am linken Ufer des Mojka-Flusses, dann zieht er auf die Wassiljew-Insel um. Die Familie wächst, es kommen mehrere Mädchen zur Welt. Die Stadt lebt bereits, obwohl sie zum Leben noch

wenig taugt. Nachts gleicht Petersburg einer Wüste. Im Winter rennen Rudel von dreissig oder mehr Wölfen durch die Strassen. Fast jedes Jahr fordern verheerende Überschwemmungen Hunderte von Menschenleben, dem Zar ein einziges Vergnügen: «Und sehr erquicklich war es zu sehen, wie auf den Dächern und auf Bäumen Leute sassen, so als ob die Sintflut hereingebrochen sei, nicht nur Männer, sondern auch Weiber.»

Trezzini ist jemand, dem man vertrauen kann. So wählen die Ausländer in Petersburg Domenico zum Vorsteher ihrer Kirchengemeinde. Er hat Charaktereigenschaften, durch die er aus der Masse der Abenteurer, Gewinnsüchtigen, Karrieristen, ehrbaren Familienväter und Gauner heraussticht. Diese Leute meinen, dass Trezzini ihre Zänkeereien um Recht und Unrecht zu schlichten vermag. Und er schlichtet sie.

Trezzini baut ein militärisches Fortezzo, aber es entsteht ein Gefängnis. Während der gesamten Geschichte der Befestigungsanlage fällt kein einziger feindlicher Angriff. Dafür wird bereits am 14. Juli 1718 der erste politische Gefangene in einen Kerker der Trubezkoj-Bastion geworfen, während die Arbeiten an der Festung noch in vollem Gang sind. Der Hauptfeind des Zaren ist sein eigener Sohn. Peter foltert eigenhändig den, den er als kleines Kind gehegt und gepflegt hat, bricht in der Folterkammer jene Hände und Füsse, die er einst in der Wiege gestreichelt hatte. Dann gibt er den Befehl, ihn töten zu lassen.

Trezzini wird noch eine Aufgabe von hoher staatlicher Bedeutung auferlegt, nämlich der Bau der Geheimkanzlei, jener Behörde, wohin man so leicht durch eine kleinste Denunzierung geraten kann und aus der wieder herauszukommen unmöglich ist. Trezzini erfüllt diesen Auftrag genauso gewissenhaft wie alles, was man ihm zu tun gibt, und entwirft für die Öfen in den Folterkernern «malerische Kacheln mit Bordüren».

Von der Gründung der nördlichen Hauptstadt an ist Trezzini zwölf Jahre lang im Grunde genommen der einzige Architekt Petersburgs. Die Stadt wird nach dem von ihm ausgedachten und auf höchster Ebene sanktionierten Plan gebaut. 1716 kommt der in ganz Europa gepriesene Franzose Alexandre Jean-Baptiste Le Blond an mit dem Auftrag, einen neuen architektonischen Plan für die Stadt zu entwerfen, und mit einem Gehalt in Aussicht, das jenes Trezzinis fünfmal übersteigt.



St. Petersburger Peter-und-Paul-Festung mit Kathedrale.

Das Pariser Genie kommt, um Trezzini den Ruhm des Bauherrn von Petersburg streitig zu machen. Le Blond arbeitet ein Projekt einer idealen, geometrischen Stadt aus. Nicht alles, was von Trezzini begonnen worden ist, passt da hinein. Das stört den Pariser nicht weiter, er ist sich sicher, dass der russische Zar das tun wird, was der grosse Le Blond ihm sagt. Der Plan wird Peter zugesandt, der gerade in Europa einen Kuraufenthalt macht. Lange wartet man auf eine Antwort. Schliesslich kommt die zarische Post – Peter gebietet, nach dem ursprünglichen Plan Trezzinis weiterzuverfahen.

Im Februar 1719 stirbt Le Blond unerwartet im Alter von 40 Jahren. Jakob Stählin schreibt irgendjemandes Erzählung von der Ursache dieses Todes nieder: Der Zar habe dem Franzosen tüchtig den Knüppel zu kosten gegeben. Woran mag wohl Trezzini gedacht haben, als er den Sarg mit der Leiche seines Rivalen zum Friedhof für die Nichtorthodoxen geleitete, wo dieser anstelle von Anerkennung ein ruhmloses Ende in einem von Gott verlassenen Winkel fand?

Le Blonds Frau ersucht um Geld für das Begräbnis, die Bitte wird ihr jedoch abgeschlagen. Mehrere Monate lang bemüht sie sich, die Genehmigung für die Heimreise zu erhalten, doch ohne Erfolg. Erst nach zwei qualvollen Jahren gelingt es Marie Le Blond, mit ihrem Sohn Russland verlassen zu können. Ob Trezzini

damals wohl darüber nachdenkt, wie launisch Fortuna oder der Zar sein können? Macht er sich Gedanken über die Zukunft seiner eigenen Kinder?

Die Arbeit geht voran, aber nur mühsam. Überall herrscht ein grosses Durcheinander, Plan und Wirklichkeit klaffen auseinander. Jeder baut sich, was und wo er kann, überall spriessen die dem Russen vertrauten Holzhäuschen hervor. Doch noch bevor die Häuschen stehen, brennt es bereits. Auf den Aschehaufen werden wieder neue armselige Hütten errichtet, und dem nach Europa blickenden Zaren schwebt ein Amsterdam an der Newa vor.

Peter befiehlt, Fachwerkhäuser zu bauen, die im Volksmund «Masanki», ukrainische Lehmhütten, heissen. Wer nicht gehorcht, wird grausam bestraft. «Auf welche Weise zu bauen ist, entnehme man den Zeichnungen des Architekten Tresin.» Die meisten nach Trezzinis Plänen angefertigten Gebäude sind nicht erhalten geblieben, während einst die ganze Stadt aus seinen «mustergültigen» Häusern bestanden hat, die in drei Gruppen eingeteilt sind: Häuser für den «Pöbel», für die «Wohlhabenden» und für den «vornehmen Adel».

Die europäischen Fassaden sollen den erstarrenden Dreck, die Armut und das Elend verhüllen. Nach Trezzinis Plänen wird die Stadt in Viertel aufgeteilt. Dort, wo der Schweizer mit Bleistift und Lineal einen Strich zieht, soll auch nach Jahr-

hunderten noch eine Strasse, wo er mit dem Finger hinzeigt, ein Platz sein. Aus Astano kommen seine älteste Tochter mit ihrem Ehemann Carlo Giuseppe Trezzini nach Petersburg. Der junge Architekt hofft auf die Unterstützung seines Schwiegervaters, der einen so wichtigen Posten im fernen Russland innehat. Jetzt arbeiten in der Stadt zwei Trezzinis.

Der ältere Tessiner lässt sich nicht in Intrigen hineinziehen, mischt sich nicht in Streitigkeiten ein. Dass man ihn umgeht und abdrängt, merkt er nicht oder tut eher so, als ob er es nicht merke. Immer neue Verpflichtungen nimmt er auf sich, immer neue Mühen und Sorgen lädt er auf seine Schultern. Er arbeitet, ohne zu murren, erfüllt ehrlich alle Punkte des Vertrags. Die Jahre gehen vorbei, und das Gehalt wird nicht erhöht, obwohl im Vertrag steht: «Weiterhin verspreche ich dem Mann namens Trezzini, dass ihm, sobald er seine Kunst und sein Können deutlich gezeigt hat, Gehalt zugelegt werde.» Hat er dies etwa nicht bezeugt?

Rund um ihn herum bitten alle, machen Kratzfüsse, erreichen, was sie wollen, bringen dem dummen Schweizer bei, vor wem er in die Knie gehen, wieviel Schmiergeld er zahlen soll. Der Tessiner bittet nicht, geht nicht in die Knie, gibt kein Schmiergeld.

Fortsetzung Seite 20

Sein Paradies bekommt Peter vom Trezzinischen Glockenturm der Peter-und-Paul-Festung herab noch zu sehen, aber sich eine Grabeskirche bauen zu lassen, schafft er nicht mehr. Im Februar 1725 wird der Sarg des Zaren innerhalb der unvollendeten Mauern, in einer eigens dafür gezimmerten Holzkapelle, niedergelegt. Mit der petrinischen Zeit geht auch jene Trezzinis zu Ende. Hinter ihm liegen Jahre selbstaufopfernder Arbeit, vor ihm Demütigungen und Krankheiten. Man vergisst ihn.

Nach dem Tod Peter des Grossen liegen die Bauarbeiten brach. Indem das Herz dieses einen, dieses wahnwitzigen Mannes mit kranken Nieren zu schlagen aufhört, versiegt auch die treibende Kraft hinter allen Neuerungen im Land. Irgendwie geht der Bau der Peter-und-Paul-Festung zwar noch weiter, aber man spürt, dass keiner der Oberen mehr daran interessiert ist.

Ein Vierteljahrhundert lang erduldet der Architekt Domenico Trezzini wortlos die Ungerechtigkeit, stets hoffend, dass der Zar schliesslich seine Verdienste durch eine Gehaltserhöhung und Ehrenerweisungen auszeichnen und belohnen werde. Nun aber ist Peter begraben und mit ihm alle Hoffnungen auf einen Sieg der Gerechtigkeit. Weiterhin gibt es nichts mehr zu erwarten. Nun gilt es, sich abzufinden und sich zu erniedrigen: «Ich erdreiste mich, gütigst um eine Belohnung durch Gehaltserhöhung zu bitten so dass ich mit meiner Familie in häuslichen Auslagen, Nahrung und Kleidung eine Besserung erlangen könne.» Und unterzeichnet: «Der gedemütigte und untertänigste Sklave Ihrer Majestät Domenico Trezzini di S-to Petersburgo».

Gnädigst genehmigt Menschikow, der oberste Dieb und allmächtige Günstling der nun regierenden Zarenwitwe, dass dem Gehalt des Architekten, der ihm das beste Palais in der Stadt errichtet hat, ein paar hundert Rubel hinzugefügt werden. Aber auch die Tage des Favoriten Menschikow sind gezählt. Infolge ungesunden Lebenswandels stirbt die ehemalige Soldatendirne, die durch eine Schicksalsfügung russische Kaiserin geworden war, und den Thron besteigt der halbwüchsige Peter II. Im verbissenen Kampf um die Macht erinnert sich niemand an die grossen, aber nicht zu Ende geführten Änderungen. Menschikow landet in der sibirischen

Verbannung, und der Hof verlässt die halbfertige Stadt und zieht nach Moskau. In den Petersburger Strassen wächst wild das Gras, überall herrschen Verwahrlosung und Menschenleere.

Nach dem Tod ihres Herrn hören die Sklaven auf, sich vor den zarischen Hauptregalien zu fürchten, dem Knüppel, dem Galgen, dem Beil, stürzen sich auf das ohne Aufsicht zurückgebliebene Erbe und rauben es aus. Daran, Peters Sache weiterzuführen, denkt niemand, denn um das Vermächtnis des grossen Tyrannenzaren zu überdenken und den Weg der Aufklärung und Zivilisation weiterzugehen, braucht es einen freien Menschen. Den kann es im Land allgemeinen Sklaventums nicht geben.

Kurz vor seiner Hochzeit stirbt der junge neue Zar an Pocken. Eine Palastrevolution hebt Anna Johannowna auf den Thron. Die Macht nehmen tatenlustige Deutsche in ihre Hände, die schnell begriffen haben, wie Russland zu regieren ist. In Moskau regiert Biron. In Petersburg Münnich. Ob Trezzinis Kopf verdüstert sich der Himmel. Die neuen Herrscher mögen die Leute, die einst in der Umgebung Peters und insbesondere der des gestürzten Menschikows gestanden haben, nicht.

Münnich, von Beruf selber Ingenieur, beabsichtigt, sich den Ruhm des Erbauers der Peter-und-Paul-Festung anzueignen. Er verlangt von Trezzini, dass dieser ihm die gesamten Entwürfe des Fortezzos aushändigt, danach verbrennt er sie. Trezzini will man vernichten. Die Gesellschaft lebt entsprechend der Regel: Setze den anderen nach, sonst wirst du selbst zu Tode gehetzt. Der Oberste Geheimrat bestimmt eine Kommission zur Untersuchung aller Bauangelegenheiten Trezzinis. Die mehrmonatige, qualvolle Untersuchung führt zu keinem Resultat, trotzdem wird von nun an der Architekt von allen bedeutenden Projekten ferngehalten.

Trezzini ist bereits über 60 Jahre alt. Zeit, sich zur Ruhe zu begeben, sich an den Werken seines Lebens zu erfreuen. Anstelle von Ruhe aber nur Geldmangel, Sorgen um die Familie, Krankheit. Die Angst um die Zukunft der Kinder ist stärker als jeglicher Stolz. Der ehemals erste Architekt des riesigen Reiches muss erniedrigt gestehen: «In meiner Familie herrschen grosse Armut und Not.» Trezzini schreibt ein demütiges Bittgesuch um das andere, klopft an die Türen der Mächtigen, bittet um Protektion und Unterstützung, als ob er

vorausahnt, was nach seinem Tod mit seiner Familie geschehen wird.

Sein Sohn, einst das geliebte Patenkind Peter des Grossen, reist nach Italien, um zu studieren, und kehrt nicht mehr zurück. Die Familie von Domenico Tochter Maria zerbricht bald nach Peters Tod. Sie kann keine Kinder zur Welt bringen, sie verlässt ihren Mann und daraufhin auch Russland. Giuseppe Trezzini bleibt, in das Haus zieht seine Geliebte, sie bringt ein Kind zur Welt, aber das Glück hält nicht an. Jemand denunziert ihn. Die Kaiserin, die sich selber nicht gerade strenger Sittlichkeit rühmen kann, befiehlt, dass das Mädchen wegen Prostitution verhaftet und ins Gefängnis gesperrt werde. Mit gezücktem Degen will der Architekt den ihm teuersten Menschen und sein eben erst geborenes Töchterchen verteidigen. Ein Kriegskommando verhaftet alle drei.

Giuseppe wird wieder freigelassen, während die junge Frau nach anderthalb Jahren Kerker auf ein Schiff gebracht und nach Lübeck abgeschoben wird. Aber das Schiff erreicht seinen Bestimmungshafen nicht, es sinkt während eines Seesturms, und Giuseppe wird eine Rechnung von 35 Rubeln zugeschickt – der Betrag, den der Staat für die Schiffsfahrkarte ausgegeben hat. Aber das ist bereits eine andere Geschichte.

Als am 29. Juli 1733 feierlich die Peter-und-Paul-Kirche eingeweiht wird, die Kirche von Domenico Trezzini aus Astano, steht der Meister, alt und krank, irgendwo in den hintersten Reihen einer lärmenden Menge neuer Hölflinge. Niemand erinnert sich an den Schöpfer des Bauwerks, niemand dankt ihm, und bis zu seinem Tod verbleiben nur noch wenige Monate. Trezzini stirbt einen qualvollen Tod, den ganzen langen Winter über verlässt er das Bett nicht. Woran denkt er wohl vor seinem Tod? Vielleicht daran, dass nicht jeder Architekt, wenn er stirbt, eine ganze Stadt hinterlässt?

Trezzini stirbt am 19. Februar 1734, nachdem er Petersburg genau 30 Jahre seines Lebens gewidmet hat. Von seinem Grab gibt es keine Spur mehr, der Friedhof der Nichtorthodoxen ist längst überbaut worden. In den dreissig Jahren, die er ganz seiner Arbeit geopfert hat, erwirtschaftet er sich nur einen grossen Schuldenhaufen. Und postumen Ruhm. Auch heute noch schwebt Trezzinis Engel als Wetterfahne auf der Turmspitze der Peter-und-Paul-Kirche über der Stadt Sankt Petersburg.

Service-Citoyen-Initiative eingereicht

Am 26. Oktober 2023 reichte der «Verein zur Förderung des Milizengagements» knapp vor Ablauf der Sammelfrist bei der Bundeskanzlei seine seit zehn Jahren vorbereitete und Ende April 2022 lancierte Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» mit 107'613 gültigen Unterschriften ein. Die Sammlung war äusserst zäh verlaufen und konnte nur dank dem Einsatz von bezahlten UnterschriftensammlerInnen in die Zielgerade gebracht werden. Die Initiative verlangt eine Ergänzung des Artikels 59 der Bundesverfassung zur Einführung eines Gemeinschaftsdienstes für alle jungen Menschen. Dazu soll neben dem bisherigen Militär-, Zivilschutz- und Zivildienst eine vierte Möglichkeit als gleichwertiges Milizengagement geschaffen werden.

Kurz und gut, bei diesem Bürgerdienst geht es vor allem um einen obligatorischen Bürgerinnendienst, ein uraltes Anliegen, die Frauen in eine allgemeine Dienstpflicht zu zwingen. Zudem schafft er die Voraussetzung dafür, auch alle in der Schweiz wohnhaften AusländerInnen einzuziehen. Eingesetzt werden sollen die Angesprochenen in der Allgemeinheit oder der Umwelt, was immer das heissen soll.

Der im März 2022 erschienene zweite Teilbericht des Bundesrates zur «Alimentierung von Armee und Zivilschutz» hat der Idee bereits damals eine vernichtende Absage erteilt: «Eine Bürgerdienstpflicht (...) würde Kapazitäten bereitstellen, für die der Bedarf nicht nachgewiesen ist und die den Arbeitsmarkt in einzelnen Sektionen stark tangieren könnte. Die Arbeitsmarktneutralität ist nicht gegeben, die Vereinbarkeit mit dem Zwangsarbeitsverbot gemäss Europäischer Menschenrechtskonvention möglicherweise auch nicht», weshalb die Regierung eine solche Dienstpflicht klar ablehnt. Die Zwangsverpflichtung für Frauen und Ausländer wie auch die schon von Gewerkekreisen kritisierte Arbeitskonkurrenz dürfte die Erfolgsaussichten des Volksbegehrens erheblich schmälern. (pw)



Eritrea-Petition gegen Passpflicht eingereicht

Am 9. November 2023 haben das Migrant Solidarity Network und der Eritreische Medienbund Schweiz eine von über 4500 Personen unterschriebene Petition an die kantonalen Migrationsämter eingereicht, die fordert, dass in die Schweiz geflüchtete eritreische Personen von der Passbeschaffungspflicht befreit werden. Der Hintergrund: Möchten geflüchtete EritreerInnen, die von der Schweiz ja nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, hier eine Eheschliessung oder eine Zivilstandsänderung eintragen lassen, müssen sie sich in der Regel mit einem eritreischen Pass ausweisen, ebenso für ein Dokument für Familiennachzug, für begründete Reisen ins Ausland, etwa zu erkrankten Familienangehörigen, oder für die Umwandlung des Aufenthaltsstatus.

Wie an der Einreichungs-Kundgebung auf dem Bundesplatz (siehe Bild) ausgeführt wurde, sind die meisten in der Schweiz lebenden EritreerInnen aufgrund von Verhaftung, Folter, Zwangsarbeit und dem endlosen Militärdienst aus der eritreischen Diktatur geflüchtet. Der Grossteil unter ihnen ist gut integriert, hat eine Ausbildung abgeschlossen und ist in einer Festanstellung. Das sind die Voraussetzungen, um nach fünf Jahren eine vorläufige Aufnahme (Ausweis F) in eine normale Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) umwandeln zu können.

Aber dies bleibt ihnen verwehrt, denn sie müssen noch eine weitere Voraussetzung erfüllen: Wenn sie keinen gültigen eritreischen Pass vorlegen können, weigern sich die schweizerischen Migrationsbehörden, ihre Anträge zu bearbeiten. Haben sie keinen solchen Pass, was

oft vorkommt, müssen sie bei der eritreischen Botschaft in Genf einen solchen beschaffen. Damit ihnen diese aber Pässe ausstellt, stellt die Botschaft drei unzulässige und unzumutbare Bedingungen:

1. Eine selbstbeschuldigende *Reue-Erklärung*: Sie müssen unterzeichnen, dass sie den sogenannten «nationalen Pflichten» nicht nachgekommen sind und die dafür verhängten Strafen akzeptieren werden.
2. Eine unzulässige *Diaspora-Steuer*: Sie müssen zwei Prozent auf ihr bereits in der Schweiz versteuertes Einkommen an die eritreische Regierung bezahlen. Diese Steuer unterstützt die Macht der eritreischen Diktatur.
3. *Sensible Informationen* preisgeben: Ihre persönlichen Daten werden erfasst, womit die Diktatur sie in der Hand hat: Mit der Drohung, daheimgebliebene Verwandte zu verhaften, werden die Flüchtlinge in der Schweiz erpresst und eingeschüchtert.

Das Migrant Solidarity Network und der Eritreische Medienbund fordern seit Langem eine Praxisanpassung, wie die deutschen oder holländischen Behörden sie bereits umgesetzt haben. In der Schweiz wäre eine solche ebenfalls möglich, wie die Ausstellung eines Grünen Passes für afghanische Flüchtlinge zeigt.

Die skandalöse Praxis der eritreischen Botschaft in Genf, Dienstleistungen (wie die Passausstellung) nur gegen die Entrichtung einer Kriegsteuer von zwei Prozent des Jahreslohnes zu erbringen, wird im Übrigen schon seit Jahren angeprangert. Wir haben sie in unserem dritten Eritrea-Dossier in der März-Ausgabe 2018 ausführlich dargestellt. (pw)

Die Aktualität des «ewigen Friedens»

Der folgende Essay von Jakob Tanner wurde für die Ausgabe 2/23 der militärwissenschaftlichen Zeitschrift der Schweizer Armee *Stratos* verfasst. Tanner hat ihn für die FRIEDENSZEITUNG mit einer Literaturliste und einem Kas-ten «War Kant ein Pazifist?» ergänzt.

/ Jakob Tanner /

Als Immanuel Kant im Sommer 1795 seine Schrift «Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf» vorlegte, traf er offensichtlich einen Nerv der Zeit.¹ Vor allem junge Autoren schwärmten vom «alten Jakobiner», wie Kant als Anhänger der Französischen Revolution bezeichnet wurde. In Frankreich zirkulierten Raubdrucke des «Ewigen Friedens», noch bevor die Lizenzausgabe erhältlich war.

Kant ist keiner jener «utopischen Wolkenkuckucksheimer»², als die man die Verfasser europäischer Friedensprojekte seit Beginn der Frühen Neuzeit aufs Korn genommen hat. Sein «philosophischer Entwurf» beginnt mit der Bemerkung, «Zum ewigen Frieden» sei «die satirische Überschrift auf dem Schild jenes holländischen Gasthauses, worauf ein Kirchhof gemalt war». Eine solche Friedhofsruhe war Kants Sache nicht. Er wandte sich gegen «sachleere Ideen», er war politischer Realist, der jedoch auf die Wirksamkeit von Geisteshaltungen setzte.

Die in der Form eines internationalen Friedensvertrages gehaltene Abhandlung umfasst sechs Präliminar-, drei Definitiv- und zwei Zusatzartikel.

Zu den Ersteren gehört die Feststellung, dass dieser Frieden kein «blosser Waffenstillstand» sein könne, sondern auf «das Ende aller Hostilitäten» abziele, weshalb er «ewig» genannt werde, «ein fast schon verdächtiger Pleonasmus».

Kant richtet sich nicht an Staaten, sondern an die «Gesellschaft von Menschen», die ihre stehenden Heere, also den «Gebrauch von Menschen als blossen Maschinen und Werkzeuge» abschaffen und keine kriegstreibenden Staatsschulden mehr eingehen sollte, dies verbunden mit einem kategorischen Verbot gewalttätiger Einmischung eines Staates in die Verfassung eines anderen. Umsetzen lassen sich diese Ziele durch drei konkrete Ansätze (genannt Definitivartikel): erstens die Einführung republikanischer Verfassungen in allen Staaten, zweitens die Schaffung eines föderativen Friedensbundes auf Weltebene und drittens durch die Einführung eines Weltbürgerrechts.

✱

Kants «Ewiger Friede» ist bis heute ein intellektuelles Gegengift gegen Kriegsverehrer, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts starken Aufwind hatten. Die Rede vom «frisch fröhlichen Krieg» wurde 1853 von einem deutschen Volksblatt eingeführt. Diese «Bellizisten» (wie sie im 20. Jahrhundert genannt wurden) gaben vor, unerschrockene Realisten zu sein. Liest man ihre Werke, so zeigt sich, wie sehr sie von phantasmagorischen Ängsten geplagt wurden.

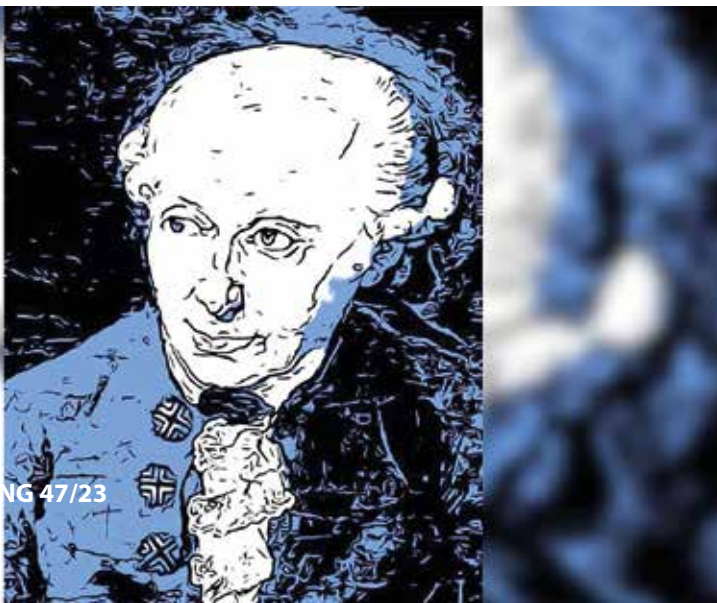
Den Ton vorgegeben hatte schon 1779 der deutsche «Philosoph» Johann Valentin Embser. In seiner Schrift zum «Ersten Abgott: Ewiger Friede» notierte er, «die ganze Masse würde im ewigen Frieden in stinkender Ruhe entschlafen». Jene, die nicht Hungers sterben oder «von Weichlichkeit und Unmässigkeit verzehrt» würden, hätten nur noch «ein blosses Pflanzenleben» vor sich, «käme nicht bisweilen ein Krieg, der die faulende Masse wieder herumschüttelte».

In der 1813 von Rühle von Lilienstern vorgelegten «Apologie des Krieges, besonders gegen Kant», tönt es ähnlich. 1850 schrieb der Kulturhistoriker Jakob Burckhardt, «der lange Friede» bringe «nicht nur Entnervung hervor, sondern er lässt das Entstehen einer Menge jämmerlicher, angstvoller Notexistenzen zu». Erst der Krieg «bringt wieder die wahren Kräfte zu Ehren». 1879 wettet Heinrich von Treitschke gegen den «unmännlichen Traum vom ewigen Frieden». Solche Stimmen liessen sich vermehren.³ Gemeinsam ist ihnen eine Vorliebe für Kriegsheroismus und Kolonialismus, kombiniert mit einer Abneigung gegen Menschenrechte und die demokratisch-zivilgesellschaftliche Moderne ganz allgemein. In Putins Feindbild des «Westens» sind solche Diskurse heute wiederum auf unheilvolle Weise präsent.

Im 19. Jahrhundert hatte das Projekt eines «ewigen Friedens» auch deshalb schlechte Karten, weil sozialdarwinistische Gesellschaftstheorien boomten. Das «Überleben des Stärkeren» und der «Kampf ums Dasein» sollten die nationale Gemeinschaft nach innen stählen und sie im Wettkampf mit anderen Nationen zum Sieg führen. Resultat waren ein forcierter Rüstungswettkampf und eine innenpolitische Mobilisierung gegen die transnational aufstrebenden und sich international vernetzenden Frauen-, Arbeiter- und Friedensbewegungen.

✱

Nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg wurde 1919 mit der Schaffung des Völkerbundes der Versuch unternom-



men, ein System kollektiver Sicherheit einzurichten. Anklänge an Kant waren unüberhörbar. Mit dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Krieg universell ächtete, konnte das Ziel, «alle Kriege auf immer zu endigen» (so Kant), erstmals völkerrechtlich kodifiziert werden.⁴

Der Aufstieg des Faschismus, des Nationalsozialismus und militarisierter Regime wie Japan durchkreuzten diese Anstrengungen. Einmal mehr triumphierten jene, die Kant für rettungslos widerlegt hielten. Angesichts der menschenverachtenden und expansiven Haltung Hitlers sah sich der Pazifismus in seinen unterschiedlichen Spielarten existenziell mit dem Paradox konfrontiert, dass ein Gewaltverbot nötigenfalls mit Waffengewalt durchgesetzt werden musste.

Viele FriedensaktivistInnen rangen sich in den ausgehenden 1930er-Jahren zu dieser Erkenntnis durch. Sie verteidigten die spanische Republik gegen den Franco-Putsch und engagierten sich im Zweiten Weltkrieg in Widerstandsbewegungen gegen die Nazis, ohne das Ziel einer friedlichen Welt aus den Augen zu verlieren. Es ging ihnen um universelle Normen, um Menschenrechte, Demokratie, europäische Integration und globale Abrüstung. Die im Sommer 1945 nach dem Zusammenbruch des «Dritten Reiches» gegründete UNO stand erneut in einer Kontinuität zu Kants regulativer Idee eines «ewigen Friedens», die auch in die UNO-Menschenrechtskonvention von 1948 und in Grundgesetze vieler Staaten Eingang fand.

✱

Eine aktuelle Relektüre des «ewigen Friedens» als historisches Dokument kann das teleologische Vertrauen auf die «grosse Künstlerin Natur», welches Kants Fortschrittsglauben stabilisierte, nicht mehr teilen. Sein Entwurf formuliert jedoch erstmals zwei Einsichten mit grosser Klarheit. *Erstens* befasst sich Kant mit der Potenzierung der «höllischen Künste» des Krieges. Die gesteigerte Vernichtungskraft der Waffensysteme bis hin zur atomaren Aufrüstung in globale Overkill-Kapazitäten hinein ist im «Ewigen Frieden» angedacht.

Zweitens verklammert Kant die innere Organisation von Gesellschaften mit der äusseren Politik von Staaten. Er konzipiert den Einsatz für den Frieden als Kampf für Demokratie.⁵ Dabei hatte er das Problem, dass auch demokratische Gesellschaften in ihren Aussenbe-



Am Hollerather Knie in der Westeifel (BRD) finden sich Relikte der Befestigungen des sogenannten Westwalls von 1938/39. Im Wald zeugen Reste von Feldunterständen und ein Panzergraben von den Kriegseignissen der Ardennenoffensive im Winter 1944/45. Der Kölner Künstler Ralf Peters hat einige Objekte mit den neun Artikeln aus Immanuel Kants «Zum ewigen Frieden» beschriftet.

ziehungen nicht immer friedlich sind, durchaus erkannt. Doch meistens und vor allem heute geht die Kriegsgefahr von Autokratien und Diktaturen aus.

Einige von Kants Kritikern glauben aufgrund dieses Sachverhalts, den Philosophen aus dem Zeitalter der Aufklärung des hilflosen Versuchs bezichtigen zu müssen, «ein Tarn- oder Schutznetz über die brutale Wirklichkeit zu werfen», was wiederum «eine Revision des europäischen Sicherheitssystems (...) nicht anregt, sondern (...) eher sogar verhindert». So sieht es der deutsche Komparatist Jürgen Wertheimer, der die Ironie des alternden Kant überliest und behauptet, seine «Weltformel» sei «durch die Geschichte widerlegt und an ihr Ende gekommen».⁶

Kant wird auch durch Positionen zurückgewiesen, die auf die fundamentale Ambivalenz der Aufklärung hinweisen und daraus ableiten, dass böse Absichten nur mit überlegenen bösen Mitteln bekämpft werden können. Eine Abrüstungsspirale senkt aus dieser Sicht die Kosten für militärische Aggressionen und motiviert gewalttätige Autokraten erst recht zum Angriffskrieg. Mit dem alten Schlagwort *Si vis pacem para bellum* sollen internationale Störenfriede, die nur die Sprache der Waffen verstehen, durch militärische Abschreckung in Schach gehalten werden. Dieses Argument trifft im Einzelfall zu. Wiederum ist Putin ein Beispiel dafür. Und es stimmt leider, dass die basale Annahme der

UNO, die in ihrer Charta niedergelegten Grundsätze würden ausreichen, um die Welt auf Frieden zu trimmen, fortlaufend desavouiert wurde und wird.

✱

All dies spricht aus meiner Sicht allerdings gerade dafür, an Kants Projekt festzuhalten. Der Philosoph dachte den «Ewigen Frieden» im Modus des «als ob» und wusste um die Widerstände, die sich seiner Realisierung entgegenstellten und noch heute entgegenstellen. Es ist wichtig, die Ressourcen des Planeten gerechter zu verteilen und die UNO, die in verschiedenen Politikfeldern und auch für die internationale Friedenssicherung unverzichtbar bleibt, mit Reformen weiterzuentwickeln. Es gilt insbesondere, die Handlungsfähigkeit und Sanktionsmacht der Vereinten Nationen gegenüber Aggressoren, die nicht verschwinden werden, zu stärken.

Wer hingegen das Bemühen um eine internationale Sicherheitsarchitektur zum «faulen Zauber» erklärt, hilft mit, Gewaltanwendung zwischen und in Staaten zu normalisieren. Das ist nicht Realismus, sondern Ausdruck historischer Kurzsichtigkeit und zudem flagranter Defätismus. Man kapituliert vor dem Gegner, indem man seine Sicht der Dinge übernimmt. Dies befördert das Umschlagen des völkerrechtlich legiti-

Fortsetzung Seite 24

War Immanuel Kant ein Pazifist?

men Verteidigungskrieges der Ukraine gegen den russischen Überfall in eine globale Rüstungsbonanza. Und gibt Nationalismus und forciertem Wirtschaftsprrotektionismus Auftrieb. So siegen Aggressoren mit ihren maroden Konzepten mental, auch wenn sie sich militärisch nicht durchsetzen.

Der Spruch «Wer die Demokratie will, muss die Diktatur vorbereiten» macht keinen Sinn. Die Idee, man müsse zum Krieg rüsten, um den Frieden zu sichern, ist ebensowenig plausibel. Gegen eine kleinmütige Anverwandlung solch kriegerischer Logik gilt es mehr denn je – inspiriert durch Kant – an der *Maxime Si vis pacem, para pacem* festzuhalten.⁷

Jakob Tanner ist emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte am Historischen Seminar und an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich. Er war von 1996 bis 2001 Mitglied der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg» («Bergier-Kommission»).

Anmerkungen

1 Aus der zahlreichen Literatur zu Friedensprojekten und Kants «Zum ewigen Frieden» sei erwähnt: Vorländer, Einleitung zu: Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden 1919; Raumer 1953; Caranti (Hg.) 2006; Reidar 2014.

2 Vorländer S. IX.

3 Vgl. dazu: Janssen 1975

4 Hathaway/ Shapiro 2017.

5 Gerhardt 2023, S. 163-204.

6 Neue Zürcher Zeitung, 31. 8. 2023, S. 32.

7 Noch immer informativ: Senghaas (Hg.) 1995 (mit der Widmung «Kant zu Ehren»).

Wir danken **Stratos**, der militärwissenschaftlichen Zeitschrift der Schweizer Armee, für den Nachdruck des Textes von Jakob Tanner in der Ausgabe Nr. 2 vom Dezember 2023.

Ob Immanuel Kant ein Pazifist war, wird in der Philosophie und in der Forschungsliteratur seit Langem rege diskutiert und ganz unterschiedlich beantwortet. Ernst Bloch schrieb 1968 in «Widerstand und Friede», Kant habe «die bittersten Sätze wider den Krieg» geschrieben, «erfollos, wie gleichfalls bekannt». Für Bloch ist Kant ein «unbedingter Antibellist» und ein «radikaler Pazifist». Sein Entwurf zum «Ewigen Frieden» sei «auf eine internationale Kodifizierung von Nicht-Krieg gerichtet», und obwohl er keine «ökonomische Analyse des Kriegstreibenden» geliefert habe, habe er den «Gewalt-Besitz» grundsätzlich denunziert und gezeigt, dass «der Besitz von Macht das freie Urteil von Vernunft unvermeidlich verdirbt».

Zu einem entgegengesetzten Urteil gelangte unlängst Volker Gerhardt in seiner «Philosophie der Demokratie». Kant habe, so dieser Autor, «allgemeine Vernunftgründe für den Frieden» herausgearbeitet, «die sich auf der Grundlage rechtlich verbindlicher Verträge umsetzen lassen». Es sei für ihn ausser Zweifel gestanden, «dass der Krieg das zerstört, was nur im Frieden aufgebaut und genossen werden kann». Indessen habe er darauf bestanden, dass man Gewalttäter nicht einfach gewähren lassen dürfe, weswegen der Schutz einer demokratischen Gesellschaft auf «Gegen-gewalt» als «letztes Mittel» angewiesen sei. Kant sei also kein «Vorläufer des später so genannten Pazifismus», er sei schlicht «kein Pazifist».

Diese kontrastierenden Einschätzungen hängen mit unterschiedlichen Definitionen von Pazifismus zusammen. Ausgehend von den USA, kritisierten in den Jahrzehnten um 1800 ganz unterschiedlich motivierte und agierende AktivistInnen den Krieg und begannen sich in Friedensgesellschaften zu organisieren, so 1815 in New York, 1816 in London, 1830 in Genf und 1841 in Paris. Hier fand 1848 auch der erste internationale Friedenskongress statt, an dem sich Friedens- und Freiheitsfreunde, Internationalisten und Föderalisten (wie sie sich nannten) gegen den Krieg einschworen.

In dieser politisch bewegten Phase versuchte der Lexikologe Jean-Baptiste Richard de Radonvilliers den französischen Wortschatz zu erweitern. In seinem 1845 erschienenen Dictionnaire «Enrichissement de la langue française» finden sich 21'000 neue Begriffe,

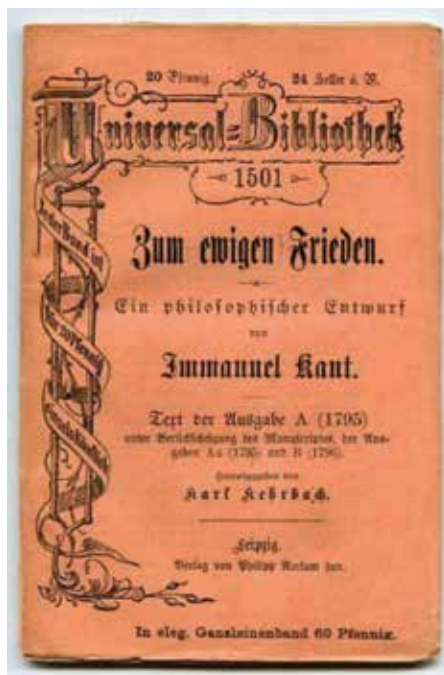
darunter prominent «féminisme» und «pacifisme». Diese dynamisierenden Ideen lagen damals in der Luft.

Es dauerte allerdings nochmals ein halbes Jahrhundert, bis sich das Kunstwort «Pazifismus» (aus *pacis*, Genitiv für *pax*, und *facere* für herstellen, tun, machen) durchsetzte. 1901 schlug Émile Arnaud, Präsident der Ligue Internationale de la Paix et de la Liberté, diese neue Bezeichnung als programmatische Klammer für das bunte Spektrum von Friedensbewegungen vor und fand dabei Unterstützung auf dem im selben Jahr in Glasgow tagenden Weltfriedenskongress. Dieser «Pazifismus» strebte eine völkerrechtlich fundierte Staatengemeinschaft an, häufig «Völkerbund» genannt. Ziel war es, eine gewaltfreie zwischenstaatliche Konfliktaustragung auf europäischer und/oder globaler Ebene durch schiedsgerichtliche Entscheide zu garantieren.

Die Friedensbewegung stand vor 1914 stark im Bann des damals allgegenwärtigen Wissenschafts- und Technikglaubens. Dem «organisatorischen Pazifismus» schwebte ein *peace engineering* vor. Eine vernünftige internationale Ordnung sollte Kriege mit ihrer hochgerüsteten Destruktionsgewalt unmöglich machen. Diese Bestrebungen stimmten hochgradig mit Kant, für den Frieden nicht einfach eintrat, sondern «gestiftet» werden musste, überein. Kant war in diesem damals dominanten Sinne zweifellos ein Pazifist.

Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges formierte sich eine *Nie wieder Krieg*-Bewegung. 1921 erklärte die War Resisters' International (die Internationale der Kriegsdienstgegner mit dem zerbrochenen Gewehr als Signet) in den Statuten: «Krieg ist ein Verbrechen.» In diesem Umfeld gewannen pazifistische Richtungen, die auf grundsätzliche Gewaltlosigkeit setzten, an Boden. Kant äusserte sich zur Gewaltfrage nicht konsistent. Doch postulierte er 1797 das «unwiderrufliche Veto (...): Es soll kein Krieg sein», und verstand dieses als Ausdruck «moralisch-praktischer Vernunft». Er liefert somit starke Argumente auch für radikale pazifistische Haltungen.

Kant wandte die Aufklärung auf sich selbst an. Als aufmerksamer Registrator gesellschaftlicher Entwicklungen hatte





Narges Mohammadi: Friedensnobelpreisträgerin 2023

Am 6. Oktober 2023 verkündete die Vorsitzende des Nobelpreiskomitees Berit Reiss-Andersen, dass die iranische Menschenrechtsaktivistin Narges Safie Mohammadi mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis ausgezeichnet werde (sie ist damit seit 1901 erst die neunzehnte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Frau).

/ Liliane Studer /

Die Nachricht dieser höchsten Auszeichnung erreichte die 51-Jährige im berüchtigten Evin-Gefängnis, wo sie seit ihrer Verhaftung im November 2021 eine weitere Strafe absitzt. Festgenommen wurde sie an einer Gedenkfeier für Ebrahim Ketabdar, der zwei Jahre zuvor von iranischen Sicherheitskräften getötet worden war. In der Begründung des Komitees wurde betont, dass mit dem diesjährigen Friedenspreis auch die Hunderttausende von Menschen gewürdigt würden, die im vergangenen Jahr gegen Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen durch das theokratische Regime im Iran demonstriert hätten. Das von den DemonstrantInnen gewählte Motto «Frau – Leben – Freiheit» bringe das Engagement und die Arbeit von Narges Mohammadi entsprechend zum Ausdruck.

Bereits während ihres Studiums der Physik setzte sich Mohammadi für Frau-

enrechte ein. Sie arbeitete als Journalistin und ist seit 2003 aktiv im iranischen Zentrum für die Verteidigung der Menschenrechte (Defenders of Human Rights Center), das unter anderen von der Friedensnobelpreisträgerin 2003 Shirin Ebadi gegründet wurde (Ebadi lebt heute im Exil in Grossbritannien) und dessen stellvertretende Vorsitzende sie bis heute ist. 1999 heiratete Mohammadi den Journalisten Taghi Rahmani, der kurz danach erstmals verhaftet wurde und später, nach mehrjährigen Gefängnisaufenthalten, 2012 den Iran definitiv verliess und heute in Frankreich lebt. Mohammadi aber blieb, um ihre Arbeit für Frauen- und Menschenrechte fortzusetzen.

Mohammadis Leben ist gezeichnet vom Kampf für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung im Iran. Ihr Mut scheint grenzenlos, sie schreit die Ungerechtigkeit in die Welt hinaus und schreckt vor Repressionen nicht zurück. Obschon auch sie weiss, dass das iranische Regime immer härter gegen AktivistInnen vorgeht, wie gerade die kürzlich erfolgten Hinrichtungen wieder gezeigt haben.

Die in Norwegen ansässige Menschenrechtsorganisation Hengaw berichtet, dass in den ersten neun Novembertagen mindestens 45 Menschen hingerichtet wurden – Tötungen, die als Abschreckung dienen sollen. Damit gibt

es bereits jetzt und erstmals seit 2016 mehr als 600 Hinrichtungen in einem Jahr in der Islamischen Republik.

Ungebrochen kämpft Mohammadi weiter: Am 6. November 2023 trat sie in einen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen, insbesondere prangerte sie an, dass kranke Gefangene vernachlässigt würden, und sie wehrt sich weiterhin gegen den Kopftuchzwang. Zwei Tage später wurde sie mit Herzproblemen in ein Krankenhaus gebracht, ohne dass sie ihren Kopf mit einem Tuch hätte bedecken müssen. Und beendete den Hungerstreik.

Immer geht es Narges Mohammadi auch um die anderen, die verfolgt, getötet, ungerecht behandelt werden. Bereits 2019 trat sie zusammen mit der inhaftierten britisch-iranischen Staatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe im Evin-Gefängnis in einen Hungerstreik, um dagegen zu protestieren, dass Zaghari die dringend notwendige Behandlung vorenthalten wurde. In einem Video, das sie im Februar 2021 (sie war damals gerade nicht im Gefängnis) auf den sozialen Medien veröffentlichte, beschreibt sie den sexuellen Missbrauch und die Misshandlungen, die sie selbst und andere Frauen in den Gefängnissen erlebten.

Das im August 2023 auf Deutsch erschienene Buch «Frauen! Leben! Freiheit! Frauen in iranischen Gefängnissen erzählen» von Narges Mohammadi versammelt 13 Interviews mit inhaftierten Frauen, zu denen auch die bereits erwähnte Nazanin Zaghari-Ratcliffe gehört. Entstanden ist ein Buch reich an Zeugnissen, die zum einen die unhaltbaren Zustände in den Gefängnissen schonungslos aufdecken, zum anderen aber vor allem von Solidarität, Stärke und Mut erzählen.

Der Band ist darüber hinaus ein Aufschrei, die Situation im Iran im Westen nicht zunehmend einfach so hinzunehmen. KämpferInnen wie Narges Mohammadi brauchen auf der ganzen Welt Unterstützung, um zu jenem Ziel zu kommen, das die Frauenrechtsaktivistin im Buch festhält: «Ich werde nicht aufhören zu kämpfen, bis in meinem Heimatland die Menschenrechte geachtet werden und Gerechtigkeit herrscht.»

Narges Mohammadi: **Frauen! Leben! Freiheit! Wie wir unsere Stimmen erheben. Frauen in iranischen Gefängnissen erzählen.** Aus dem Persischen von Monireh Kazemi, Manijeh Erfani-Far, Niloofar Beyzaie u.a. Rowohlt Taschenbuch, Hamburg 2023, 320 Seiten, CHF 19.90.

Ein Jahr Teilmobilmachung in Russland

Herbst: Mobilisierungsdekret, Razzien und Einberufungen

Vor einem Jahr, am 21. September 2022, unterzeichnete Wladimir Putin ein Dekret zur «Teilmobilmachung». Schon am nächsten Tag wurden in ganz Russland Mobilisierungsbüros eröffnet, manchmal an so unerwarteten Orten wie dem Theater von Roman Viktyuk. Unmittelbar danach erhielten die Menschen Einberufungslisten. Diese wurden persönlich übergeben, in Türrahmen gesteckt oder in Briefkästen geworfen oder an zufällig vorbeikommende Personen auf der Strasse verteilt. In Sankt Petersburg standen Rekrutierungsoffiziere in den Eingängen von Wohnhäusern und händigten den Bewohnern Einberufungspapiere aus. In Wladiwostok kletterten die Beamten durch die Fenster in die Häuser.

Bei der Mobilisierung kam es vom ersten Tag an zu groben Verstössen auf verschiedenen Ebenen. Obwohl angekündigt wurde, dass nur Reservisten mobilisiert würden, erhielten auch Bürger Einberufungsbescheide, die nie zum Militär gehen sollten: Väter mit vielen Kindern, Behinderte und Menschen ohne jegliche militärische Erfahrung. Darüber hinaus wurde schnell klar, dass die Mobilisierung die Provinzen und ethnischen Republiken besonders stark treffen würde: In vielen Gebieten wie Burjatien und Jakutien wurde die Mehrheit der Männer einberufen und in den Krieg geschickt.

Die Polizei beteiligte sich an der Verteilung von Einberufungsbescheiden und organisierte regelrechte Razzien (...). Einer unserer ersten erfolgreichen Fälle war die Hilfe für ein Opfer einer solchen Razzia. Die Polizeibeamten holten einen Mann zusammen mit vierzig anderen Personen aus einem Wohnheim in Moskau ab und brachten ihn zu einem Mobilisierungspunkt, von wo aus er sich an uns wandte. Mit unserer Hilfe füllte dieser Mann direkt in dem Raum, in dem er festgehalten wurde, einen Antrag auf Zivildienst aus und informierte in aller Ruhe die Rekrutierungsoffiziere des Militärs über ein Treffen mit dem Militärstaatsanwalt. Anschliessend konnte er nach Hause gehen. Dieser Fall beweist, dass es eine Chance gibt, die Mobilisierung zu vermeiden, selbst wenn eine Person bereits in den

Händen der Rekrutierungsbeamten ist, aber nur für diejenigen, die hartnäckig sind und ihre Rechte gut kennen.

Schliesslich wurden auch Arbeitgeber in die Mobilisierung einbezogen (...). Die Razzien, die Verteilung von Vorladungen und die Verletzung von Rechten führten zu einer gesellschaftlichen Stimmung von Angst und Depression, wenn nicht gar von Panik. Es wurde schnell klar, dass es keine Begeisterung für die Mobilisierung gab. Daher verkündete Putin am 1. November 2022, dass die Mobilisierung beendet sei: Er behauptete, die russische Armee sei um weitere 300'000 Personen aufgestockt worden (während nach offiziellen Angaben zwischen September und Dezember nur etwa 20'000 «Freiwillige» rekrutiert wurden). Ein Dekret über das Ende der Mobilisierung wurde jedoch nie unterzeichnet und die Einberufungslisten treffen bis heute ein. Die offensichtlichste Folge der ersten Wochen der Mobilisierung war eine massenhafte Flucht vor der Einberufung in die russische Armee. Groben Schätzungen zufolge verliessen 600'000 bis 1'000'000 Menschen das Land, um einer Einberufung zu entgehen.

Gleichzeitig mit der Ankündigung der «Teilmobilmachung» wurde Berufssoldaten verboten, die Armee zu verlassen, auch nach Ablauf des unterzeichneten Vertrages. (...) Letzten Endes entschlossen sich schliesslich jeden Monat mehr und mehr Soldaten zur Desertion. Allein mit unserer Hilfe verliessen 507 Deserteure das Land. Nach Angaben von Mediazona gingen bei den Gerichten in Russland im letzten Jahr 3049 Fälle von unerlaubter Entfernung von der Truppe ein, und jede Woche fällen die Gerichte in diesen Fällen etwa hundert Urteile.

Winter: Reguläre Einberufung und die Rekrutierung von Gefangenen

Zeitgleich mit Putins Ankündigung des Endes der Mobilisierung begann am 1. November 2022 die reguläre Herbsteinberufung. Diese wurde von eklatanten Verstössen begleitet und war nur schwer von der Mobilmachung zu unterscheiden: Die gleiche Massenversendung von Vorladungen an alle, die gleichen Razzien an Orten, an denen sich junge Men-

schen versammelten, von Wohnheimen und Clubs bis hin zu Universitäten und Studentenwohnheimen. Rekrutierungsoffiziere gingen zu den Hochschulen und verteilten die gleichen Einberufungsbescheide zur «Datenabklärung». Einer der Männer, der uns kontaktierte, wurde von der Bezirkspolizei vorgeladen, nachdem er sich wegen seiner Bewährungsstrafe bei der Polizeiwache gemeldet hatte. Die Rekrutierungsbeamten warteten dort bereits auf ihn, stellten einen Einberufungsbescheid aus und schickten den jungen Mann zu einem Sammelplatz. Es gelang ihm nur zu entkommen, indem er einen epileptischen Anfall vortäuschte und in ein Krankenhaus verlegt wurde.

(...) Nach der offensichtlich unpopulären Mobilisierung beschlossen die Behörden, ihre Taktik zu ändern und eine Kampagne zu starten, um neue Berufssoldaten für die Armee zu gewinnen. Nach den angekündigten Plänen wollte das Verteidigungsministerium die Armee auf diese Weise um weitere 500'000 Personen aufstocken. Strassen und Briefkästen wurden mit Plakaten und Flugblättern überschwemmt, die für eine Verpflichtung warben. In Werbespots wurden Menschen zum Eintritt in die Armee aufgefordert.

Die Propaganda versprach viel Geld, und auch die Behörden der russischen Regionen versprachen Sonderprämien. Diese Kampagne sollte von lokalen Beamten durchgeführt werden. Sie sollten von Tür zu Tür gehen und auch die Arbeitgeber über die Notwendigkeit informieren, Daten über die Rekruten zu liefern. In der 300'000-Einwohner-Stadt Cherepovets wurden beispielsweise zehntausend Einberufungsbögen verschickt, was bedeutet, dass jeder Dreissigste in das Einberufungsbüro einbestellt wurde.

Frühling: Militärgesetzänderungen und ein neuer Militärdienst

Am 11. April 2023 verabschiedete das russische Parlament ein Paket von Änderungen zu sechs föderalen Gesetzen, das als «Gesetz über elektronische Einberufungen» bezeichnet wurde. Gemäss diesen Änderungen werden die Einberufungsschreiben nicht nur persönlich,

sondern auch über das staatliche Portal für öffentliche Dienstleistungen Gosuslugi versandt. Sobald dies geschieht, werden die Einberufungen automatisch als zugestellt betrachtet. Die Idee war offenbar, dass mehr Druck ausgeübt wird, zu den Einberufungsbüros zu gehen und die Einberufungsschreiben nicht einfach zu ignorieren. Zumindest wird es nach der vollständigen Umsetzung der Änderungen schwieriger sein, dies zu tun. Gleichzeitig haben die Abgeordneten mit den elektronischen Einberufungen ein weiteres Gesetz verabschiedet, das aber fast ignoriert wurde. Am 12. April wurde die Regelung beschlossen, dass Verträge zur Verpflichtung sofort unterschrieben werden können, ohne drei Monate Ausbildung abzuwarten, wie es vorher der Fall war. Das bedeutet, dass Männer sofort und massenhaft in den Krieg geschickt werden.

Die Frühjahrseinberufung übertraf die Herbsteinberufung noch an Grausamkeit. Es gab eine neue Welle von Razzien im ganzen Land, aber jetzt nicht nur in Wohnheimen und an bei Jugendlichen beliebten öffentlichen Orten, sondern auch in Wohnungen und Häusern. In Moskau wurden junge Menschen, die die Polizei aus anderen Gründen gerufen hatten, in Handschellen gefesselt und zwangsweise zu den Einberufungsbüros gebracht, weil sie sich angeblich hartnäckig dem Militärdienst entzogen. Die Einberufungen wurden nicht nur in die Wohnheime der Universitäten, sondern auch direkt in die Vorlesungen gebracht, wie uns empörte Lehrkräfte schrieben.

Schliesslich wurden diesmal auch Hochschulabsolventen Opfer der Einberufung, und zwar an Universitäten, die über militärische Ausbildungszentren verfügten. In der Vergangenheit wurden solche Einrichtungen als eine Art Bank benutzt – wenn ein Student einen Vertrag mit einem solchen Zentrum unterzeichnete, erhielt er einen Zuschlag zu seinem Stipendium und einen Platz in einem Wohnheim. Die Studenten waren lediglich verpflichtet, Kurse zu besuchen, in denen erklärt wurde, wie ihr Fachgebiet für das Militär anwendbar war. Nach Abschluss des Studiums mussten sie nur das Geld für diese Kurse zurückzahlen, eine überschaubare Summe von 200'000 Rubel (etwa 2000 Euro).

Doch im letzten Frühjahr änderten sich die Regeln: Die Studiengebühren wurden auf mehrere Millionen Rubel angehoben, den Studenten wurden Probleme mit dem Abschluss gemacht und



Sieben Jahre Straflager für russische Anti-Kriegs-Aktivistin Alexandra Skotschilenki

Die russische Anti-Kriegs-Aktivistin und Künstlerin Alexandra Skotschilenko ist von einem Gericht in ihrer Heimatstadt St. Petersburg am 16. November 2023 zu sieben Jahren Straflager verurteilt worden. Die 33-Jährige, die in einem Lebensmittelladen Preisschilder durch Losungen gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ersetzt hatte, musste sich wegen der Verbreitung angeblicher Falschinformationen über Moskaus Armee verantworten. Die Musikerin und Dichterin war nach der Aktion im April 2022 festgenommen worden und sass seither in Untersuchungshaft. Ihr Fall hatte international auch deshalb Entsetzen ausgelöst, weil sie trotz schwerer Krankheiten inhaftiert blieb. Die Staatsanwaltschaft hatte acht Jahre Straflager beantragt, maximal drohten ihr zehn Jahre Haft. Skotschilenko wird von den Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Memorial als politische Gefangene eingestuft.

sie wurden gezwungen, sich beim Militär zu verpflichten. Sie fanden sich praktisch versklavt, und nachdem sie den Vertrag unterzeichnet hatten, baten sie uns, ihnen zu helfen, die Einheit ohne Erlaubnis zu verlassen.

Sommer: Neue Repressionen und Rechtseinschränkungen

Die Sommersaison begann mit der Diskussion und Verabschiedung neuer repressiver Gesetze gegen Männer, die sich dem Militärdienst entziehen wollen. Das Verteidigungsministerium schlug neue Regeln für die Erfassung vor. Sie liefen im Wesentlichen darauf hinaus, dass das Nichterscheinen nach Zustellung einer Vorladung nicht nur eine Geldstrafe, sondern auch ein Ausreiseverbot nach sich ziehen würde. Darüber hinaus wurde beschlossen, ausländische Pässe (ein Ausweis, der es Russen ermöglicht, das Land zu verlassen) von Wehrpflichtigen zu konfiszieren. Gleichzeitig gab es Berichte über andere Rechtsverletzungen wie die systematische Weigerung, medizinische Untersuchungen ohne Zustimmung der Militärkommissariate durchzuführen. In solchen Fällen beriefen sich die Ärzte in

den Polikliniken in der Regel auf «mündliche Anordnungen des Chefarztes», und die Wehrpflichtigen mussten in Kliniken gehen, wo sie selbst bezahlen mussten.

Bald führten die Abgeordneten mehrere weitere restriktive Massnahmen ein. Zunächst erhöhten sie das Wehrpflichtalter auf 30 Jahre. Wie üblich, folgte auf dieses vieldiskutierte Gesetz in aller Stille ein weiteres: Die Strafandrohung bei Nichterscheinen wurde verschärft – die Geldstrafen wurden um das Zehnfache auf 30'000 Rubel (300 Euro) erhöht (gleichzeitig kursierten Gerüchte über die bevorstehende Einführung einer strafrechtlichen Haftung, die sich jedoch bisher nicht bestätigt haben).

Darüber hinaus wurden die Strafen für Arbeitgeber verschärft: Es wurde beschlossen, ihnen eine Geldstrafe von 400'000 Rubel (4000 Euro) aufzuerlegen, wenn sie einen Arbeitnehmer nicht darüber informieren, dass er sich beim Militärkommissariat melden soll. Bisher ist es noch zu früh, um über die Ergebnisse dieser verschärften Gesetze zu sprechen: Sie sind noch nicht in Kraft

Fortsetzung Seite 27

getreten, aber sie werden offensichtlich eine wichtige Rolle bei der bevorstehenden Einberufung im Herbst spielen.

Im Juli und August hat eine Rekordzahl von Soldaten beschlossen zu desertieren, sie kontaktierten uns und baten uns um Hilfe. Das geschah, obwohl im September, gleichzeitig mit anderen Gesetzen zur Mobilisierung, die Strafen dafür erhöht wurden und Deserteure nun mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden können. Es wurde aber schnell klar, dass repressive Gesetze nicht funktionieren. Deserteure, die aufgespürt und verhaftet wurden, landeten oft nicht im Gefängnis, sondern in derselben Militäreinheit, aus der sie geflohen waren. Dort wurde ihnen beharrlich angeboten, das Strafverfahren einzustellen oder erst gar nicht zu eröffnen, wenn sie an die Front zurückkehrten. Dies zeigt einmal mehr, dass Beamte bereit sind, alles zu tun, um Soldaten an die Front zu schicken. Sie verstossen dabei sogar gegen die repressiven Gesetze, die sie selbst verabschiedet haben.

Anfang September dieses Jahres wurden Gerüchte über eine erneute Mobilisierung und sogar die Remobilisierung der vor einem Jahr eingezogenen Soldaten laut. Nun wurde offiziell erklärt, dass es keine Rotation der mobilisierten Personen geben wird, was

bedeutet, dass diejenigen, die vor einem Jahr in den Krieg gezogen sind, nicht nach Hause zurückkehren werden. Was die erneute Mobilisierung betrifft, so sind die offensichtlichen Probleme bei der Wiederauffüllung der Armee und die anhaltende Rekrutierung neuer Berufssoldaten der einzige und sehr aussagekräftige Beweis dafür, dass eine solche näherkommt. Die Herbststeinberufung hat gerade begonnen, und die in den letzten Monaten beschlossenen Änderungen werden demnächst in Kraft treten. Es wird sich zeigen, welche Strategien unter den veränderten Umständen helfen, zu überleben und sich nicht an einem verbrecherischen Krieg zu beteiligen.

Idite Lesom: Report on the anniversary of mobilization in Russia, Oktober 2023.

er in früheren Werken die «Kriegstapferkeit» und das «Erhabene» eines «mit Ordnung und Heiligachtung der bürgerlichen Rechte» geführten Krieges gewürdigt. In seinem dynamischen «Entwurf» von 1795 nahm er jedoch, mit Blick auf veränderte Verhältnisse, Abstand von solchen Einschätzungen und verband ein pazifistisches Engagement mit dem Einsatz für Demokratie und Freiheit.

Kant klärt den Pazifismus darüber auf, dass er sich nie für die verlogene «Friedensrhetorik» militärischer Aggressoren einspannen lassen darf. Das, was Kant zum Pazifisten macht, ist – worauf Ernst Bloch hinweist – seine kristallklare Kritik des Bellizismus und darüber hinaus jener Geisteshaltung, die der Illusion verfällt, militärische Mittel und Kriegskampagnen gehörten gleichsam zur «menschlichen Natur» und könnten politische Probleme längerfristig lösen.

Jakob Tanner

Weiterführende Literatur zu Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, 1795:

- Die Originalpublikation wurde 1795 von Friedrich Nicolovius in Königsberg verlegt. Für eine Neuausgabe: Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, Hg. Rudolf Malter, Ditzingen: Reclam 2022.
- Robert Bernasconi, Ewiger Friede und totaler Krieg, in: Alfred Hirsch, Pascal Delhom (Hg.), Denke Wege des Friedens. Aporien und Perspektiven, Freiburg/München: Karl Alber 2019, S. 50–70.
- Ernst Bloch, Widerstand und Friede, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1968.
- Luigi Caranti (Hg.): Kants perpetual peace: new interpretative essays, Roma: LUISS University Press 2006.
- Volker Gerhardt: Individuum und Menschheit. Eine Philosophie der Demokratie, München: Beck 2023, Kap. IV: Kants republikanische Wende zur Demokratie, S. 163–204.
- Stella Ghervas: Conquering Peace From the Enlightenment to The European Union, Cambridge (Mass.): Harvard University Press 2021.
- Oona A. Hathaway, Scott J. Shapiro: The internationalists: How a Radical Plan to Outlaw War Remade the World, New York: Simon & Schuster 2017.
- Wilhelm Janssen, Friede, in: Brunner, Otto, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 543–591.
- Reidar Kiljan Maliks: Kant's Politics in Context, Oxford: Oxford University Press 2014.
- Kurt von Raumer: Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance, Freiburg i. Br., München: Karl Alber 1953, Teil I/Kap. 6, S. 151–207 und Teil II/Kap. VII, S. 419–460.
- Dieter Senghaas, (Hg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1995.
- Karl Vorländer, Einleitung zu Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, Leipzig: Felix Meiner, 1919 (2. Auflage), S. VII–LVI.



Friedenskalender 2024 zu Frauen

Bereits zum 28. Mal erscheint 2024 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr mit einer Palette von Frauenbildern. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener Fotografinnen. Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wurde allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.

Vom Frauengefängnis an die Front

Für den Ukrainekrieg werden Frauen in russischen Gefängnissen rekrutiert. Was steckt dahinter? Ein Gespräch mit Olga Romanowa von der Gefangenenhilfsorganisation »Russland hinter Gittern«.

/ Roland Bathon /

Nachdem seit dem Herbst 2022 offiziell vonseiten der russischen Behörden in Strafanstalten mit dem Anreiz Straffreiheit rekrutiert wird, findet das Anwerben von Freiwilligen nun auch in Haftanstalten für Frauen statt. Warum gehen russische Frauen aus Haftanstalten freiwillig an die Front? Ist der Grund eher die Situation in russischen Gefängnissen oder der Wunsch nach Rehabilitierung?

Olga Romanowa: Es gibt nicht nur einen Grund. Die Männer kamen schon früher in den Krieg, vor allem wegen der schlechten Situation in den Gefängnissen. Die Männer interessieren sich weder für das Geld noch für die Ideologie. Auch die Frauen kommen aus unerträglichen Verhältnissen, streben nach Freiheit. Sie wirken aber viel ideologisiert. Frauen- und Männergefängnisse sind unterschiedliche Welten, wenn auch beide mit sehr grausamen Regeln.

Aber bei den Männern gibt es unsichtbare rote Linien, die Wärter nicht überschreiten können, ohne einen Aufstand zu riskieren. Das gibt es bei den Frauen nicht. Keine roten Linien, keine Aufstände und keine interne Hierarchie. Es ist deswegen bei den Frauen einfacher, sie dazu zu bringen, mit allem einverstanden zu sein. Jede kämpft für sich, und man kann sie einfacher unter Druck setzen. In Bezug auf ihre Kinder oder indem man ihnen einfach die Damenbinden verweigert.

Aber warum sind sie als Freiwillige von der Propaganda stärker durchdrungen? In Männeranstalten gibt es Handys, Drogen. Es findet alle erdenkliche, eigentlich verbotene Kommunikation mit der Außenwelt statt. Bei den Frauen ist der Fernseher die einzige Kommunikation nach draussen. Man zeigt ihnen nur Patriotisches, wo jeder sein Leben für das Vaterland geben will. Anderes dür-

fen sie nicht schauen. Sie werden zombifiziert. Sie wollen wie die Filmhelden an die Front gehen, notfalls sterben.

Wenn man der in Russland von oben vorgegebenen sehr konservativen Ideologie der »Russischen Welt« folgt, dann besteht die Rolle der Frau eher nicht darin, stark zu sein. Der moderne Feminismus wird ja abgelehnt. Wie kann da die Soldatin zum Ideal werden?

In der Gefängniskultur der Frauen existiert das Bild der starken Frau weiter. Da gibt es beispielsweise auch offen lesbische Frauen. Sie stehen an der Spitze der Ernährungskette. Man muss generell sagen, dass sehr verschiedene Frauen in Haft sind. Solche, die gar nicht mit den Behörden kooperieren, egal, was ihnen angeboten wird, oder andere, die vom familiären Glück nach der Haft träumen und nicht empfänglich für die Rekrutierung sind. Aber es gibt eben die Wölfinnen, so nennen sie sich selbst. Sie gehen an die Front. Eine Wölfin ist nicht schwach.

Unter den in Gefängnissen rekrutierten Männern sind die Verluste hoch. Werden auch Frauen in gefährliche Brennpunkte im Kriegsgeschehen geschickt?

Ja, das werden sie. Man preist ihnen ihre Aufgabe als Scharfschützinnen an – doch sie sind Kanonenfutter. Ich weiss, dass einige auch als Drohnenpilotinnen an vorderster Front arbeiten, aber in der Regel operieren sie als Scharfschützinnen. Das ist eine schwierige Aufgabe mit harten körperlichen Anforderungen. Und sie werden gar nicht dafür ausgebildet. Meine Kontakte schicken mir viele Bilder, auf denen Tote zu sehen sind. So kam ich an die von zwei gefallenen Frauen, davon eine nur etwa 20 Jahre alt, die man identifizieren konnte.

Wie viele Frauen wurden rekrutiert?

Es begann schon im Dezember letzten Jahres. Es waren Frauen aus der Strafkolonie Sneschnoje, das ist in der Region Lugansk. Es betraf die ganze Kolonie. Ich weiss nicht, was aus ihnen geworden ist. Konkrete Zahlen kenne ich nur von einzelnen Rekrutierungen, etwa im September in einer Frauenkolonie bei Sankt Petersburg. Dort haben sie in der

Gefängnisaula aktiv geworben für einen Vertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr im Gegenzug für die vollständige Rehabilitation. Zunächst wurden Frauen mit Hepatitis und HIV aussortiert, die nimmt das Militär nicht. Es sollten 300 rekrutiert werden, bei einer Koloniegrosse von 800. Sie gehen aber wirklich freiwillig – seit Kriegsausbruch ist mir kein Fall von Zwangsrekrutierung untergekommen.

Kann es sein, dass das nur so dargestellt wird?

Nein. Wir hatten mehrere Gelegenheiten, wo wir nah dran waren. Wir haben Leute befragt, wo die Verwandten dem zustimmten. Sie wollen oft nicht verstehen, dass es besser ist, in einer Zelle zu sitzen als in einem Schützengraben. Die Gefangenen denken wie die Mehrheit der russischen Bevölkerung. Sie unterschreiben Verträge, ohne das Kleingedruckte zu lesen.



Olga Romanowa ist Journalistin und Vorsitzende der russischen Menschenrechtsorganisation »Russland hinter Gittern«. 2017 musste sie vor einer drohenden Verhaftung durch die Behörden nach Deutschland fliehen und leitet seitdem die Organisation aus dem Exil. Aus dem Online-Magazin Telepolis vom 15.11.2023.

Vietnam: Heldinnen des Alltags

Vietnams Marktfrauen widerspiegeln die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des «aufsteigenden Drachens (Rising Dragon)». Ihre Geschichte ist geprägt von Resilienz, Engagement, und Stolz. Während der Kolonialzeit und später dem Vietnamkrieg waren sie unverzichtbar für die öffentliche Versorgung von Nahrungsmitteln und anderen Alltagsgütern. Nach der proklamierten Unabhängigkeit 1945 spielten sie eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau. Ihr Metier hat selbst das Einsickern moderner Gastronomien, Einzelhandelsketten und Online-Shops überdauert. Sie begünstigen die sozialen Interaktionen einer ganzen Nation und ziehen nebenbei TouristInnen aus aller Welt an. Indes sind sie ein Dorn im Auge der Regierung. Steuern Vietnams Strassenverkäuferinnen auf eine Sackgasse zu?

/ Claudio Sieber /

Hanoi, ein Zufluchtsort für Voyeure des Kuriosen. Einfach sich hinsetzen und zum Eierkaffee ins Milieu linsen, wie eine bucklige Alte ihre zwei Meter lange Standwaage rollt, während das angeflickte Megafon nach KundInnen buhlt. Auf den senfgelben Fassaden französischer Kolonialbauten antwortet ein Potpourri aus Stromkabeln – wer hier die kaputte Leitung ausmacht und sie bestenfalls repariert, kann es mit der Welt aufnehmen. Periodisch schweben undefinierbare Düfte vorbei, gefolgt von einem bemanneten Lautsprecherturm. Die melancholische Stimme des Hobbysängers an dessen Ende kriecht wie ein Regenbogen über das Chaos aus Tellerwäschern der Dirt Kitchens, ambulanten Suppenköchinnen und in Kesseln kremiertem Geistergeld, das die Gehsteige der Metropole laminieren. Ein Lautsprecher unterbricht den Singsang, um über neueste Propaganda der Einheitspartei zu informieren. Die Städter ignorieren diese routiniert, denn die sozialistische Republik macht, was sie will, auch ohne ihre Loyalität.

Viel hat sich getan seit Ho Chí Minhs Amtszeit und dem apokalyptischen Krieg mit Amerika. Wirtschaftlich betrachtet, gehört das Land heute zu den

interessantesten Märkten in Südostasien. Seine Mittelschicht wächst rapide, und mit ihr auch die Mobilität; unlängst sind die Vietnamesen von Fahrrädern auf Motorräder umgesattelt. Die Erfolgsgeschichte wird getragen von der Tugend des Volkes, chinesischen Investments in den Sektoren Herstellung und Verarbeitung, einer vorbildlichen Agrarkultur und nicht zuletzt den fliegenden Händlerinnen, die bis dato das Rückgrat von Team-Vietnam bilden. Trotz dynamischer Modernisierung und dem Aufkommen von Shoppingmalls und Supermärkten sympathisieren die Einheimischen mit den systemlosen Marktfrauen.

Die autarken Köchinnen

In aller Frühe schwirren die mit Kegelhüten beschatteten Ikonen Vietnams aus den Vororten in die Innenstadt, um ihre Waren gegen vietnamesische Dong zu handeln. Nicht wenige sind per Moped oder Fahrrad unterwegs und verkaufen Blumen, Früchte oder gar einen modischen Haarschnitt direkt ab ihrem Gefährt. Andere navigieren ihren Handwagen oder ein Ensemble aus geflochtenen Schalen, das sie mittels einer Bambusstange über der Schulter balancieren, zu Fuss durch die Gassen. Die Mehrzahl der Strassenverkäuferinnen hat jedoch über die Jahre einen Quadratmeter auf einem der Gehwege erobert, wo tagein, tagaus ihr behelfsmässig eingerichteter Laden steht; darunter Auslagen an Frischgemüse, Kaffee-Takeouts, Grilladen, Vitrinen mit auf Abruf gefüllten Bánh-mì-Sandwiches oder mobile Küchen mit köstlichen Bún-cha (gegrillte Schweinefrikadellen mit Reisnudeln) und der famosen Rindernudelsuppe Pho.

Obschon Vietnam zunehmend nach Hamburger, Pizza und gehobener Küche in klimatisiertem Interieur ruft, versammeln sich Hungrige aller sozialen Klassen anstandslos draussen auf den knöchelhohen roten Hockern. Es bleibt dahingestellt, ob McDonalds & Co gerade wegen ihres Konzeptes «Fast Food» hier nie wirklich florieren, denn Vietnam hatte bereits lange vor der Landesöffnung ein Copyright auf schnelles Essen. Eine Gasenküche zu unterhalten ist zwar finanziell lukrativ, vor allem, da keine Miet-

kosten anfallen und nebenbei auch der Fiskus meistens leer ausgeht. Andererseits ist es Knochenarbeit. Die autarken Köchinnen schlurfen bereits in der Dämmerung in die Küche ihrer bescheidenen Behausung, um alle Speisen vorzubereiten. Dazu zählt a priori die zeitintensive Zubereitung der Hauptgerichte sowie das Aufkochen von Reis, Wasserspinatsuppe und Grüntee. Kurz vor Mittag pendeln sie zu ihrem Verkaufsort. Haben sie Glück, schauen zur Stosszeit genügend Büroangestellte, Studentinnen und Motorradtaxifahrer vorbei, um pro Mahlzeit ca. 30'000 Dong (umgerechnet ein Franken) abzugeben.

Dreistufiges Händlersystem

Laut Regierungsdaten verdienen zirka zehn Prozent aller Arbeitskräfte in Vietnams Metropolen ihr Einkommen als Strassenhändler. Alle sind sie Teil einer sich wohl bald reformierenden Grauzone, denn dem Staat ist bewusst, dass drei Viertel aller Heimunternehmen weder mit einer Genehmigung noch einer Steuernummer operieren. In Vietnam ist die Zahlung einer staatlichen Steuer für Selbstständige bis dato nicht vorgeschrieben, und da die Renten der Sozialversicherung kaum ein bescheidenes Überleben sichern, stützen sich viele Vietnamesen weiterhin auf schlitzohrige Taktiken und die etwaige Fürsorge ihrer Nachkommen.

Inoffiziell werden die Kleinstunternehmer der Strasse in ein dreistufiges System unterteilt. In der untersten, härtesten Stufe bewegen sich die ultramobilen Händlerinnen, oft ländliche Migrantinnen, welche nur eine Speise per pedes feilbieten. Sie verdienen gerade genug, um über die Runden zu kommen. Zur zweiten Stufe gehören diejenigen ohne festen Verkaufsstandort, obschon sie ihre Vielfalt an Gerichten meist an selbiger Stelle aufstellen. Anführerinnen der Systemlosen-Liga sind die fix installierten Verkäuferinnen, sie leben schon länger in der City und haben sich bestenfalls einen behelfsmässigen Tresen aus Ziegeln und Mörtel gebastelt. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt eines Vietnamesen/einer Vietnamesin beträgt durchschnittlich etwas mehr als 4000

Franken. Oft nehmen die autonom agierenden Händlerinnen der zweiten und dritten Stufe mehr ein, als sie mit einer Festanstellung verdienen könnten.

Universelle Strategie

Das ultramoderne Singapur, ein Paradebeispiel rigoroser Gesetzgebung und Sauberkeit im öffentlichen Raum, liefert Vietnam die Blaupause für die nahe Zukunft. Unlängst wurde an neuen Sanktionen getüftelt, und es wurden Kampagnen zur Förderung städtischer Ordnung und Lebensmittelhygiene etabliert. Darauf rollte Hanois Polizeikorps durch die Gassen mit dem Ziel, die Gehwege zurückzuerobieren, fliegende Verkäuferinnen zu verscheuchen oder zumindest einige Bussgelder einzuheimsen. Das Experiment entwickelte sich zu einer monatelangen Farce zwischen Obhut und den Street Smarts.

Fortan wechselten die Aussendienstler ihr Revier oder klappten immerhin ihr Tischlein zusammen, bis das Gesetzesauge ausser Sicht war, «*Không biết, không có tội!*» (Unwissen = Unschuld). Die Vollstrecker der Landespolizei, ebenfalls in der untersten Gehaltsgruppe der Bevölkerung und oft Synonym für Bestechung und mangelnden Elan oder reichlich Elan im Zusammenhang mit Bestechung, lassen die Strassenverkäuferinnen vorerst in Ruhe, zumindest bis eine universelle Strategie für das existenziell gesicherte Leben aller knapp 100 Millionen VietnamesInnen entwickelt wurde.

Die Branche der ambulanten Händlerinnen verfolgt unbekümmert eine Mischung aus Überlebenskonzept, Mangel an wirtschaftlichen Chancen und Arbeitsplätzen im formellen Sektor. Seit Mitte der 1980er-Jahre orientiert sich die kommunistische Partei an den wirtschaftlichen Liberalisierungsreformen von *Đổi Mới*. Diese zielen primär darauf ab, einen modernen und florierenden Staat zu etablieren. Strassenverkauf und Streetfood haben zwar jahrtausendealte Tradition und sind in der Ära sozialer Netze bestens als Touristenattraktion zu vermarkten, angesichts von Vietnams «Singaporification» wird das Geschäft auf offener Strasse jedoch als sichtbare Manifestation der Rückständigkeit kritisiert. Jetzt, 40 Jahre staatlicher Bestrebungen später, florieren die nicht registrierten Repräsentantinnen von Vietnams kulturellem Erbe noch immer. Doch wie lange geht das noch gut?



Herausforderungen

Die Überregulierung temporär in der Remise der Paragraphen parkiert, sehen die Kleinhändlerinnen anderen Herausforderungen entgegen. Vermehrt fühlen sich Shop- und Restaurantbesitzer hintergangen, sind sie doch die ehrlichen Partizipantinnen der vietnamesischen Ökonomie. Während sie ihre Mitarbeiterinnen angemessen entlohnen, Investitionskredite abzahlen und sich dem kanibalistischen Wettbewerb in Gastronomie und Handel stellen, stationieren sich ihre hypermobilen Konkurrentinnen gleich vor ihrem Etablissement und fangen die Laufkundschaft ab. Oft machen sie draussen vor ihrer Türe sogar mehr Gewinn, obwohl sie in den Augen der heimischen Gesellschaft sozioökonomisch minder bewertet werden.

Mit dem vietnamesischen Bewusstsein für gesündere Nahrung, nicht zuletzt beeinflusst durch online viral verbreitete Horrorstorys von grün eingefärbten Salaten, mit Silikon gestreckten Garnelen oder als Schweins-Bratling getarntes Rattenfleisch, sucht der Konsument auch sein Essen über die Gasse mit Bedacht aus. Oder er geht gleich in den Supermarkt und isst im Restaurant. Dabei ist besonders in Vietnam, wo Etikettenschwindel gemäss lokalen Anwaltskanzleien eine der häufigsten Straftaten ist, die Lebensmittelhygiene innerhalb von vier Wänden kaum mehr gewährleistet als draussen auf der Strasse. Schliesslich wäre da noch die anwachsende Anzahl der Hitzewellen, was dem Strassenhandel zu schaffen macht. Über kurz oder lang werden Klimaanlage und die Fressmeilen der Megamalls

wohl den Kampf um die Kundschaft gewinnen, ergo besteuerte *Bánh-mì*-Sandwiches, *Bún chas* und *Phos* ausschliesslich von salarisiertem Personal serviert. Es ist bleibt eine Frage der Zeit.

Der Autor

«Eine Liaison mit dem Acht-Millionen-Moloch Hanoi. Die lebensverkürzende Menge an Kohlenstoffdioxid, das chemikalienreiche, Haarausfall induzierende Leitungswasser plus die Gefahr, im Stossverkehr kaputtgerammt zu werden – alles kaum vielversprechend. Aber wer sich auf das ganze Ausmass an Chaos einlässt, wird erleuchtet. Hanoi stinkt, härtet ab, zehrt an den Nerven, versöhnt gleich darauf mit charmanter Herzlichkeit, schroffer Neugier und der Gelassenheit seiner EinwohnerInnen. Vehement spürte ich hier für ein halbes Jahr das Behagen, nicht zu Hause, sondern unendlich fern von den bereits bekannten Bildern sein zu dürfen, die unlängst so erschöpfen. Die Zeit in Vietnams Hauptstadt reichte kaum aus, die Galaxie an Überraschungen zu begreifen, sie verführte lediglich zum Nachdenken. Nicht über die Kleinigkeiten, die Einstein, Newton oder Darwin störten, als sie ihre Theorien formulierten, sondern über das absonderliche Leben und wie wir uns darin zurechtfinden.»

Obwohl der Ostschweizer Multimedia-Journalist Claudio Sieber derzeit auf einer kleinen Insel in den Philippinen lebt, trägt er die Erinnerungen aus Vietnam in seinem Herzen weiter.

